

Möller, Kay

**Research Report**  
**Nordostasien 2002**

SWP-Studie, No. S 36/2002

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Möller, Kay (2002) : Nordostasien 2002, SWP-Studie, No. S 36/2002, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252441>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Kay Möller*

## Nordostasien 2002

S 36  
Oktober 2002  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2002

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

# Inhalt

**Karte von Nordostasien** 4

**Problemstellung und Empfehlungen** 5

**China** 7

Innere Entwicklung 7

Außenbeziehungen 10

*Hongkong* 10

*USA* 11

*Rußland* 14

Verteidigung 15

**Taiwan** 18

Innere Entwicklung 18

Außenbeziehungen 19

Verteidigung 21

**Japan** 23

Innere Entwicklung 23

Außenbeziehungen 24

*USA* 24

*China* 24

*Rußland* 25

Verteidigung 25

**Korea** 27

Innere Entwicklung 27

*Nordkorea* 27

*Südkorea* 28

Außenbeziehungen 29

*Nord-Süd-Beziehungen/USA* 29

*Japan/China/Rußland* 31

Verteidigung 33

**Mongolei** 34

Innere Entwicklung 34

Außenbeziehungen 35

*Rußland* 35

*China* 35

Verteidigung 36

**Perspektiven** 37

**Abkürzungen** 38

## Karte von Nordostasien



Quelle: Kartensammlung der Universität Texas im Internet,  
[http://www.lib.utexas.edu/maps/middle\\_east\\_and\\_asia/asia\\_pol00.jpg](http://www.lib.utexas.edu/maps/middle_east_and_asia/asia_pol00.jpg) [Ausschnitt].

## Nordostasien 2002

Die ostasiatisch-pazifische »Ära« ist durch die Krise der Jahre 1997/98 vorzeitig beendet worden. Die Hoffnungen auf eine regionale Renaissance richten sich seitdem auf die Komplementarität zwischen chinesischer Arbeit und japanischem, taiwanesischem und südkoreanischem Kapital und Know-how. Erfolg oder Mißerfolg dieses Kalküls sind nicht nur maßgeblich für eine weltwirtschaftliche Erholung, sie beantworten auch die Frage, ob wirtschaftliche Interdependenz die Eskalation latenter zwischenstaatlicher Konflikte verhindert. Europa und Deutschland sind von diesen Entwicklungen nicht weniger betroffen als die Pazifikmacht USA.

Anhaltendes Wirtschaftswachstum in China und Südkorea haben Nordostasien 2001 vor einer gesamtregionalen Rezession bewahrt. Die Volksrepublik China bedient sich allerdings weiterhin öffentlicher Infrastrukturprogramme, die zu Lasten des Staatshaushalts und eines maroden Finanzsektors gehen. In Japan und Taiwan stagniert die Wirtschaft, und eine anhaltende Schwäche des US-Dollars könnte die exportorientierten Volkswirtschaften Nordostasiens mit schwerwiegenden Problemen konfrontieren. Gleichzeitig gibt es weiterhin keine regionalen Alternativen zu den USA als Absatzmarkt und als militärischem Rückhalt der meisten regionalen Akteure.

Die terroristischen Anschläge des 11. September 2001 in New York und Washington haben die seit einigen Jahren in Nordostasien erkennbar gewordenen sicherheitspolitischen Trends weiter verstärkt: Während es in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen zu einer atmosphärischen Verbesserung gekommen ist, hat die Bush-jr.-Administration die bisher in der Taiwan-Straße praktizierte »strategische Ambiguität« beendet und die Wiederaufnahme eines militärischen und sicherheitspolitischen Dialogs mit Peking von chinesischen Konzessionen in Bereichen wie Proliferation oder militärische Transparenz abhängig gemacht. Die amerikanisch-japanische Allianz wurde ausgebaut, und Tokyo hat erste Schritte in Richtung einer möglichen Revision der »Friedensverfassung« von 1947 unternommen. Der innerkoreanische Dialog hat Rückschläge erfahren. Washington hat gegenüber Nordkorea bisher eine Politik der »wohlmeinenden Vernachlässigung« verfolgt, steht mit dem nordkoreanischen Eing-

ständnis eines Atomwaffenprogramms vom Oktober 2002 aber wieder vor der Wahl zwischen Zeitgewinn und Konfrontation.

Der chinesische Markt absorbiert zwar zunehmend auf Kosten der Nachbarstaaten ausländische Investitionen, aber die offenkundige Unfähigkeit des Einparteienregimes, das Finanzsystem zu sanieren, sowie wachsender Druck auf den Arbeitsmarkt dürften den 2002/03 in der Volksrepublik anstehenden Machtwechsel mit erheblichen zusätzlichen Problemen belasten. Strategisch sieht sich China seit dem 11. September 2001 zusehends von den USA, deren Alliierten und Partnern eingekreist, und ein aus eskalierenden sozioökonomischen Problemen und Führungsschwäche resultierender Nationalismus könnte insbesondere in der Taiwan-Straße zu neuen Spannungen führen.

Die folgende Bestandsaufnahme der ökonomischen und politischen Transformationsprozesse in Nordostasien versucht, Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichem und politischem Wandel sowie zwischen inneren Entwicklungen und Außenbeziehungen bzw. Sicherheitspolitik zu identifizieren. Die Untersuchung gelangt zu folgenden Ergebnissen:

1. Latentes gegenseitiges Mißtrauen zwischen fast allen Regionalstaaten verhindert eine Optimierung ihrer wirtschaftlichen Interdependenz im Sinne eines »Handelsfriedens«. Unter diesen Umständen bleibt die Mehrzahl der Akteure an der Aufrechterhaltung der militärischen Präsenz der USA interessiert.
2. Die US-Präsenz hat das gegenseitige Mißtrauen seit dem 11. September 2001 allerdings insofern gesteigert, als Washington in der Region nun noch deutlicher als zuvor zwischen mehr oder minder »konstruktiven« Partnern unterscheidet. So beschränkt sich etwa die Zusammenarbeit mit China in der antiterroristischen Koalition auf Details, da die Volksrepublik in den USA weiterhin grundsätzlich als kommender Gegner gesehen wird. Die Folge ist eine schwer berechenbare Gemengelage aus stabilisierenden und destabilisierenden Trends, die zusammen genommen den Verdacht verstärken, daß es beim Status quo von 2002 nicht bleiben wird.
3. Vernünftig in bezug auf China scheint eine Kombination von Einbindung und Eindämmung, wie sie die Bush-Administration verfolgt. Sie ist es zumal dann, wenn sie sich auf demokratische Partner in der Region stützt, deren Vernetzung untereinander die beste Voraussetzung bildet, um eine künftige regionale Sicherheitsarchitektur zu schaffen. Gege-

benenfalls könnten auch die EU und die Staaten Europas auf diesem Gebiet eine wichtigere Rolle spielen.

4. China und Nordkorea gegenüber kann eine Interimslösung nur in Angeboten zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung bestehen, die in erster Linie von den USA als pazifischer »Gegenmacht« kommen müßten. Hier würde europäische Verantwortung bedeuten, amerikanische Politik nicht zu unterlaufen.
5. Gleichzeitig sollten solche ordnungspolitischen Ziele nicht ausgeblendet werden, die zum Beispiel in nationalen und europäischen Strategiepapieren erwähnt werden. Während Hoffnungen auf »Wandel durch Handel« in China und Nordkorea keineswegs aufgegeben werden können, müßte eine weiterreichende Zusammenarbeit mit diesen Akteuren von deren Haltung zu qualitativem Multilateralismus auf Gebieten wie Proliferation, Rüstung und Menschenrechten abhängig gemacht werden. Eine Verweigerung wäre notfalls auch vor einer internationalen Öffentlichkeit zu thematisieren.

# China

Die Zukunft der Volksrepublik China entscheidet über die Zukunft Nordostasiens, wenn nicht ganz Ostasiens. Chinas friedlicher oder unfriedlicher Aufstieg zur Großmacht beziehungsweise die mehr oder weniger unfriedliche Desintegration des riesigen Landes geben vor, wie sich die heute noch mit Pax Americana beschreibbaren Rahmenbedingungen in der Region zwischen Wladiwostok und Hongkong, Ulanbaatar und Tokyo verändern werden. Daß sie sich verändern werden, darf angesichts der innenpolitischen Dynamiken unterstellt werden, die seit dem Ende des Kalten Krieges auch die internationalen Beziehungen in Nordostasien prägen.

Während die Debatte darüber anhält, ob und wie sich die Volksrepublik regional und international einbinden läßt, gilt ihr unaufhaltsamer Aufstieg zur regionalen Vormacht für die meisten Beobachter seit einigen Jahren als gesichert. Da mit dieser Vision in aller Regel nicht die Erwartung einer baldigen politischen Öffnung verknüpft wird, müßte China als weiterhin autoritäres Land mit mehr oder minder demokratischen Nachbarn koexistieren – kein ideales Szenario für Strategien der friedlichen Konfliktlösung. Diese Einschätzung muß, wie im folgenden dargelegt, nicht stimmen. Gleichwohl bietet auch ein zerfallendes China keine beruhigende Perspektive für das regionale Umfeld.

## Innere Entwicklung

*Einwohner:* 1,284 Milliarden  
*Ethnische Zusammensetzung:* 92% Han-Chinesen; 8% »nationale Minderheiten«, darunter 15,6 Mio. Zhuang; 9,8 Mio. Mandschu; 8,6 Mio. Hui; 7,4 Mio. Miao; 7,2 Mio. Uighuren; 4,6 Mio. Tibeter  
*BIP 2001:* 1,05 Billionen US-Dollar (Schätzwert)  
*Wachstum 2000–2001:* 7,3%  
*BIP pro Kopf 2001:* 900 US-Dollar  
*Verteidigungshaushalt 2001:* 17 Mrd. US-Dollar (nach amtlichen Angaben)  
*Mannstärke aktiver Truppen:* 2 310 000  
*Staatsoberhaupt:* Jiang Zemin (seit 1993)  
*Regierungschef:* Zhu Rongji (seit 1997)

Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) und anhaltende Strukturprobleme in Japan und Südostasien haben zu einem deutlichen Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen geführt.<sup>1</sup> Gleichzeitig wächst das Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land,<sup>2</sup> ein Trend, der sich durch die WTO-Mitgliedschaft zusätzlich verschärfen wird. 2002 räumte die Führung der Volksrepublik China erstmals erhebliche Probleme bei der weiteren Öffnung der chinesischen Märkte ein. So erklärte Premierminister Zhu Rongji im März, er sei bei dem Versuch gescheitert, den Lebensstandard der chinesischen Landbevölkerung zu verbessern, und die Volkswirtschaft wäre ohne die staatlichen Geldinfusionen der vergangenen vier Jahre »kollabiert«.<sup>3</sup> Beobachter rechnen für 2003 mit einem Rekord-Haushaltsdefizit in Höhe von 37,5 Milliarden US-Dollar, was ca. 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht.<sup>4</sup> Im April verwies der chinesische Finanzminister auf die Unmöglichkeit, mit der monetären Expansion im bisherigen Umfang fortzufahren.<sup>5</sup> Diese dient in erster Linie der Rettung unrentabler Staatsbetriebe, deren Aktien folglich zunehmend nachgefragt wurden. Staatsbetriebe beschäftigen heute noch ca. 50 Prozent der städtischen Arbeiterschaft, produzieren aber nur etwa ein Viertel des industriellen Outputs.

Der Gouverneur der Zentralbank hat mittlerweile eingeräumt, daß der Anteil nichtrückholbarer Kredite an sämtlichen von den vier staatlichen Handelsbanken gewährten Krediten bei 30 Prozent liegen könnte;<sup>6</sup> ausländische Beobachter haben bis zu 50

<sup>1</sup> 2001 nahmen die vereinbarten ausländischen Investitionen um 24,5% und die getätigten Investitionen um 15,6% zu. Vgl. Far Eastern Economic Review (FEER), 7.2.2002, S. 52.

<sup>2</sup> 2000 stiegen die Einkommen ländlicher Haushalte um durchschnittlich 272 US-Dollar, verglichen mit 763 US-Dollar in den Städten. Ebd., 2.5.2002, S. 24–26.

<sup>3</sup> Vgl. The Wall Street Journal, 15.5.2002, S. 11.

<sup>4</sup> Vgl. The Asian Wall Street Journal, 12.3.2002, S. 6.

<sup>5</sup> Vgl. The Wall Street Journal, 15.5.2002, S. 11. Dennoch kündigte Zhu Rongji vor dem Nationalen Volkskongreß eine Fortschreibung der laufenden Infrastrukturprogramme an. Vgl. FEER, 14.3.2002, S. 26.

<sup>6</sup> Vgl. ebd. Die chinesische Regierung hat seit April 1999 vier Refinanzierungsgesellschaften zur Umschuldung der Banken gegründet. Die Leiter dieser Gesellschaften haben inzwischen



Prozent errechnet.<sup>7</sup> Während die Auswirkungen des chinesischen Beitritts zur WTO auf den Arbeitsmarkt umstritten bleiben,<sup>8</sup> erinnern die Liquiditätshausse und damit einhergehende Fehlallokationen von Kapital bereits an Japans »Spekulationsblase« der achtziger Jahre. Zwar ist Chinas amtliche Auslandsverschuldung vergleichsweise gering,<sup>9</sup> aber mit Umsetzung der WTO-Vereinbarungen wird es verstärkt zu Kapitalflucht kommen,<sup>10</sup> wird die Volksrepublik sehr

zugestanden, deutlich weniger als die erhofften 30% der »faulen Kredite« einlösen zu können. Beobachter machen hierfür die Abhängigkeit der Gesellschaften von der Zentralregierung verantwortlich. Vgl. Gordon G. Chang, *China's Banks: No Recipe*, in: *China Brief*, 2 (28.3.2002) 7 ([http://china.jamestown.org/pubs/view/cwe\\_002\\_007\\_001.htm](http://china.jamestown.org/pubs/view/cwe_002_007_001.htm)).  
7 Vgl. FEER, 23.5.2002, S. 26.

8 Der chinesische Arbeitsminister geht davon aus, daß selbst bei anhaltendem 7%igem Wirtschaftswachstum (die Verlässlichkeit der chinesischen Statistik ist umstritten) nur ca. 8 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, denen ca. 13 Millionen neue Arbeitsuchende gegenüberstünden. Dagegen glaubt der amerikanische Experte Nicholas Lardy, daß »eine umfassendere Krise unwahrscheinlich ist, da das künftige Tempo des Zollabbaus geringer ausfallen wird als in der vergangenen zehn Jahren.« Voraussetzung sei allerdings eine Steigerung der chinesischen Wettbewerbsfähigkeit mit Hilfe offener internationaler Märkte. Die deutschen Wirtschaftswissenschaftler Werner Pascha und Markus Taube erwarten, daß ca. 40–50 Millionen Chinesen im Zuge des WTO-Beitritts ihre Arbeitsplätze verlieren werden. Die Anzahl der städtischen Arbeitslosen wird heute auf 20 Millionen geschätzt. Hinzu kommen ca. 200 Millionen Arbeitslose und Unterbeschäftigte auf dem Lande. Vgl. *The Asian Wall Street Journal*, 15.5.2002, S. 11; Nicholas R. Lardy, *China Will Keep on Growing*, in: *The Asian Wall Street Journal* (<http://www.awsj.com>), 14.6.2002; Werner Pascha/Markus Taube, *Zwischen Wirtschaftswunder und Spekulationsblase*, in: *Handelsblatt*, 11.4.2002, S. 8.

9 Der amtlichen Auslandsverschuldung der Volksrepublik in Höhe von ca. 150 Mrd. US-Dollar stehen ca. 200 Mrd. US-Dollar Devisenreserven und ca. 80 Mrd. US-Dollar Sparguthaben chinesischer Haushalte gegenüber. Nur etwa 20% der im Ausland aufgenommenen Kredite müssen kurzfristig zurückgezahlt werden. Nimmt man allerdings Kosten der Rekapitalisierung der Staatsbanken, verdeckte Kreditaufnahme im Ausland durch chinesische Unternehmen, schnell anwachsende Sozialausgaben und die im Rahmen des WTO-Beitritts ab 2007 einsetzende Konkurrenz durch ausländische Banken hinzu, so entsteht der Eindruck einer längerfristig bedrohlichen Unterkapitalisierung. Der Anteil der Staatsausgaben am BIP ist zwischen 1996 und 2001 von 11,6% auf 20,5% angestiegen. Einige Beobachter sprechen bereits von einer Neuaufgabe der aktuellen argentinischen Krise. Vgl. *The Asian Wall Street Journal*, 12.3.2002, S. 6.

10 Die Kapitalflucht soll zwischen 1991 und 2000 von 10 Mrd. US-Dollar auf 45 Mrd. US-Dollar angestiegen sein. Vgl. *The Economist*, 16.2.2002, S. 55.

viel abhängiger von globalen Kapitalbewegungen werden. Gleichzeitig ist unwahrscheinlich, daß sich die scheidende oder die neue Führung von Staat und Partei kurzfristig für dringende institutionelle Reformen auf den Kapitalmärkten entscheiden werden. Fast jeder zehnte Stadtbewohner ist Aktionär, und »die chinesische Regierung kann es sich [...] derzeit kaum leisten, der Bevölkerung [...] jene Vermögenswerteverluste zuzumuten, die mit einem Zerplatzen der Börsenblase unvermeidlich einhergehen würden.«<sup>11</sup>

Im Zentrum all dieser Probleme steht das Einparteiensystem. Der angekündigte politische Machtwechsel vollzieht sich mangels Institutionalisierung ähnlich undurchsichtig wie die Wirtschaftspolitik. Noch gilt als wahrscheinlich, daß der bisherige Vizepräsident Hu Jintao im Herbst 2002 Jiang Zemin als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und Anfang 2003 als Staatsoberhaupt nachfolgt und daß der stellvertretende Regierungschef Wen Jiabao das Amt des Premierministers übernimmt.<sup>12</sup> Jiang, Zhu Rongji und der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses (NVK), Li Peng, würden formal in den Ruhestand treten.<sup>13</sup> Jiang könnte allerdings am einflußreichen Vorsitz der Zentralen Militärkommission von Partei und Staat festhalten<sup>14</sup> und/oder, wie im übrigen auch Zhu und Li, versuchen, seinen politischen Einfluß mit Hilfe von Vertrauten im Politbüro und dem entscheidenden Ständigen Ausschuss des Politbüros zu wahren. Daß solche Bemühungen nicht unbedingt von Erfolg gekrönt sein müssen, belegt Jangs dreimal gescheiterter Versuch, seinem Vertrauten Zeng Qinghong, dem Leiter der Organisationsabteilung der Partei, zu einem permanenten Sitz im Politbüro zu verhelfen.

11 Pascha/Taube, *Zwischen Wirtschaftswunder und Spekulationsblase* [wie Fn. 8], S. 8. Gleichzeitig ist die Regierung mit ihrem Versuch gescheitert, ein System der sozialen Sicherheit durch eigene Aktienverkäufe zu finanzieren. Ein erster Anlauf hatte Mitte 2001 zu einem 35%igen Wertverlust der Aktien an der Shanghaier Börse geführt. Vgl. FEER, 11.7.2002, S. 30–33.

12 Weitere Kandidaten für das Amt des Regierungschefs sind der stellvertretende Ministerpräsident Wu Bangguo und der Parteisekretär von Kanton, Li Changchun, beide Vertraute Jiang Zemins.

13 Es wird spekuliert, daß der ehemalige Bürgermeister von Tianjin, Li Ruihuan, Li Peng im Vorsitz des NVK nachfolgt. Verglichen mit dem konservativen Li Peng gilt Li Ruihuan als moderat.

14 Derzeit scheint sich der stellvertretende Generalstabschef Xiong Guangkai, ebenfalls ein Vertrauter Jangs, in der Kommission für die Zeit nach dem Machtwechsel zu positionieren. Vgl. FEER, 16.5.2002, S. 2.

Seit Mitte 2002 schürt allerdings eine Medienkampagne Spekulationen, Jiang wolle den Parteivorsitz behalten. Hinter der Kampagne, die Jangs Verdienste herausstreicht, werden Provinzfürher, hohe Offiziere und Ministerialbeamte vermutet, die befürchten, ihre Pfründe an eine neue Führungsgeneration zu verlieren.<sup>15</sup> Sollte Jiang bleiben, könnte auch der wegen seiner Rolle im Juni 1989 umstrittene Li Peng versuchen, den NVK-Vorsitz zu behalten. Die Folge wäre ein anhaltender innenpolitischer Positionskampf. Hu Jintao erscheint durch die laufende Kampagne schon heute beschädigt.<sup>16</sup>

Hu verdankt seinen Aufstieg dem verstorbenen Deng Xiaoping, der die Partei- und Staatsführung nach dem Tiananmen-Massaker von 1989 neu besetzen mußte. Verantwortlich für den Aufstieg war unter anderem die brutale Niederschlagung einer Erhebung in Tibet Anfang 1989, wo Hu Parteisekretär war. Wie Wen Jiabao wurde Hu als Ingenieur ausgebildet. Beide werden als potentielle Reformer gehandelt, wobei Wen in dieser Rolle glaubwürdiger erscheint. Ob und wie weit solche Hoffnungen tragen können, hängt nicht zuletzt davon ab, wieviel Spielraum die scheidende Führungsgeneration den Nachfolgern läßt. Anders als Jiang Zemin oder Zhu Rongji haben Hu und Wen vornehmlich in den armen Westprovinzen des Landes politische Erfahrungen gesammelt, was Spekulationen genährt hat, sie könnten sich mit weiteren Infrastrukturprojekten profilieren wollen.<sup>17</sup>

Jiang Zemin liegt neben der Sicherung seines Einflusses auf die Tagespolitik daran, als politischer Visionär von der Statur eines Deng Xiaoping in die Geschichte einzugehen. Hatte dieser der KPCh eine Kombination aus wirtschaftlicher Öffnung und politischer Abschottung verordnet, so zielt Jangs Anfang 2000 lancierte »Drei Repräsentanten«-Kampagne (die Partei repräsentiert die Entwicklung der Bedürfnisse der fortschrittlichen Produktionskräfte, die zukunftsweisende Entwicklung der Kultur und die grundlegenden Interessen der breiten Massen) auf die

Vereinnahmung der neuen chinesischen Unternehmerklasse und der Intellektuellen durch die KPCh.<sup>18</sup> Deren Mitgliederzahl beläuft sich heute auf 64 Millionen (1990: 50 Millionen). Es gibt mittlerweile Parteizellen in einigen Joint-ventures und einheimischen Privatunternehmen. Der Einfluß der Partei in solchen Firmen ist allerdings sehr viel geringer als in den Staatsbetrieben, und selbst dort ist er angesichts wachsender Furcht vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg rückläufig. So zählten sogar die chinesischen Medien zwischen Anfang 1997 und Ende 2000 landesweit etwa 100 000 Demonstrationen unter Beteiligung von jeweils mehreren Hundert Personen, die sich zu meist gegen Entlassungen und ausbleibende Gehaltszahlungen wandten.<sup>19</sup> Im April 2002 waren erstmals Querverbindungen zwischen zwei lokalen Protestbewegungen zu beobachten, als 300–400 Arbeiter aus der erdölverarbeitenden Industrie im nordwestlichen Lanzhou tagelang gegen Entlassungen demonstrierten, nachdem sie von entsprechenden Aktivitäten Tausender Kollegen im 1500 Kilometer entfernten Daqing erfahren hatten.<sup>20</sup> Auf dem Lande gibt es ähnliche Proteste schon seit Anfang der neunziger Jahre. Damals hatte das Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land wieder zugenommen und lokale Funktionäre drangsalierten die Bevölkerung mit erhöhten Abgaben und anderen Willkürakten. Für derlei Unmut gibt es seit Mitte der achtziger Jahre ein Ventil in Gestalt von Wahlen auf Gemeindeebene, bei denen auch unabhängige Kandidaten nominiert werden können, vorausgesetzt, sie stellen die Herrschaft der KPCh nicht in Frage.<sup>21</sup> Diese Praxis variiert bisher von

<sup>18</sup> Die Kampagne blieb in der KPCh nicht unwiderrprochen. Nachdem Jiang sein Konzept im Juli 2001 ausgeführt hatte, protestierte eine Gruppe führender Kader im Ruhestand schriftlich. Ranghöchster Unterzeichner war das frühere Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros Song Ping, ein Mentor Hu Jintaos. Vgl. FEER, 18.10.2001, S. 36–40. Mittlerweile wird damit gerechnet, daß der 16. KPCh-Parteitag die »Drei Repräsentanten« neben dem »Mao Zedong-Denken« und der »Deng Xiaoping-Theorie« als ideologische Grundlage in das Parteistatut aufnehmen wird. Im Juli 2002 verständigte sich die Führungsriege der Partei darauf, Kandidaten für leitende Positionen danach zu beurteilen, wie sie die »Drei Repräsentanten« implementieren. Vgl. The Straits Times (Singapur), 23.7.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief (boutillier@ampsc.com), 23.7.2002.

<sup>19</sup> Vgl. Murray Scott *Tanner*, Cracks in the Wall: China's Eroding Coercive State, in: Current History, 100 (September 2001) 647, S. 243–249 (246).

<sup>20</sup> Vgl. International Herald Tribune, 25.4.2002, S. 3.

<sup>21</sup> Gewöhnlich übernehmen der örtliche Parteisekretär oder das Parteikomitee auf der nächsthöheren (städtischen) Ebene

<sup>15</sup> Vgl. International Herald Tribune, 15.7.2002, S. 1.

<sup>16</sup> Zwar hat auch Hu Jiang aufgefordert, den Parteivorsitz und den Vorsitz der Zentralen Militärkommission beizubehalten. Er soll hiermit jedoch die Forderung verbunden haben, daß alle sieben Mitglieder des Ständigen Ausschusses ihren Rückzug aus der Politik ebenfalls um ein paar Jahre verschieben sollten. Damit wäre Jiang die Möglichkeit genommen, eigene Vertraute in Schlüsselpositionen zu befördern. Vgl. Willy Wo-Lap *Lam*, Retirement: Hu's Problem, Jiang's Conundrum, in: China Brief, 2 (1.8.2000) 16.

<sup>17</sup> Willy Wo-Lap *Lam*, Wen Jiabao: A Reformer at Heart?, in: China Brief, 2 (28.3.2002) 7.

Dorf zu Dorf erheblich, und es ist nicht erkennbar, daß das Experiment auf anderen Ebenen fortgeführt werden soll.

Das Korruptionsproblem ist allerdings nicht auf Chinas Dörfer beschränkt, sondern systemisch bedingt. Anfang 2002 wurde eine Untersuchung gegen den Präsidenten der staatlichen Konstruktionsbank, einen Protegé Zhu Rongjis, eingeleitet. 2001 waren Li Pengs Frau und einer seiner Söhne Gerüchten zufolge in den Verdacht der Vorteilsnahme geraten. 2000 wurde einer seiner Stellvertreter im NVK wegen Korruption hingerichtet. Im gleichen Jahr wurden Dutzende Funktionäre in der Hafenstadt Xiamen wegen einer Schmuggelaffäre verhaftet oder hingerichtet. Unter den Inhaftierten war ein stellvertretender Minister für öffentliche Sicherheit.

Nimmt man anhaltende, teils spektakuläre Aktionen der Falungong-Sekte,<sup>22</sup> verschärfte Repression gegen uighurische Unabhängigkeitskämpfer im nordwestlichen Sinkiang<sup>23</sup> und den Entzug der Lizenzen kritischer Publikationen hinzu, so wird das innenpolitische *best case*-Szenario in den nächsten fünf Jahren aus fortdauerndem Pekinger Improvisieren bestehen, begleitet von sozialen Unruhen und zunehmender Repression. Allenfalls langfristig könnte es zu einer friedlichen Entwicklung inner- oder außerhalb der Partei kommen, durch mehr Kommunikation und Zusammenarbeit mit der neuen Mittelklasse und einer neuen Zivilgesellschaft.<sup>24</sup> Mittelfristig bleiben auch andere Szenarien relevant, darunter autoritäre Großmacht oder Zerfall.

die Nominierung. Vgl. John James *Kennedy*, The Face of »Grassroots Democracy« in Rural China. Real versus Cosmetic Elections, in: *Asian Survey*, 42 (Mai/Juni 2002) 3, S. 456–482 (460).

<sup>22</sup> Im Juni 2002 gelang es der Falungong-Sekte, während der Direktübertragung des Endspiels der Fußball-Weltmeisterschaft eigene Signale über neun nationale und zehn Provinzkanäle nach China zu übertragen.

<sup>23</sup> Vgl. China: Extensive Crackdown on Uighurs to Counter Terrorism Must Stop, London: Amnesty International, 22.3.2002 (<http://web.amnesty.org/ai/nsf/Index/ASA170122002?OpenDocument&of=COUNTRIES\CHINA>).

<sup>24</sup> David Yang glaubt, daß Konzessionen an diese Gruppen zunächst von lokalen Regierungen kommen werden, die für gesellschaftlichen Druck empfänglicher sind und »deren individuelle Bemühungen neue politische Institutionen formen könnten.« (David Da-hua Yang, To Get Rich Is Glorious – And Good for Democracy, in: *China Brief*, 2 [28.3.2002] 7.)

## Außenbeziehungen

Peking scheut den in »qualitativem Multilateralismus« impliziten Souveränitätsverzicht und bevorzugt – in dieser Reihenfolge – Bilateralismus aus der Position des Stärkeren, Bilateralismus bei annähernd deckungsgleichen Interessen und statusfördernden Multilateralismus mit geringer Verbindlichkeit. Die nordostasiatische Region entspricht dieser Präferenz grundsätzlich, weil weitreichender zwischenstaatlicher Multilateralismus hier eher Ausnahme als Regel ist.

## Hongkong

Hongkong ist insofern ein Beispiel für Kooperation mit China, als der Sonderverwaltungszone (Special Administrative Region, SAR) der Volksrepublik im 1990 vom NVK verabschiedeten Grundgesetz (Basic Law) auf allen Politikfeldern außer auswärtigen Angelegenheiten und Verteidigung ein »hoher Grad an Autonomie« zuerkannt wird. Dasselbe Gesetz schreibt allerdings auch die Beibehaltung des »früheren« (paternalistisch-kapitalistischen) Systems des Territoriums für fünfzig Jahre vor. Spannungen zwischen beiden Prinzipien ergeben sich daraus, daß das Basic Law gewisse Elemente eines liberalen Systems enthält – darunter eine begrenzte Rechenschaftspflicht der Exekutive gegenüber der Legislative, unabhängige Gerichte, demokratische Freiheiten und die theoretische Möglichkeit, sowohl den Regierungschef (Chief Executive) als auch den Legislativrat (Legislative Council, Legco) nach 2007 durch allgemeine Wahlen zu bestimmen.

Hongkong erlebte 2001/02 seine zweite Rezession in vier Jahren. 2001 wuchs das BIP gerade noch um 0,1 Prozent. Exporte, Aktienkurse, Binnennachfrage und Grundstückspreise waren erneut rückläufig, und die Arbeitslosenrate erreichte Mitte 2002 eine Rekordhöhe von 7,8 Prozent. Obwohl erfolglose Stimulationsversuche der SAR-Regierung bereits zu einem Anwachsen des Haushaltsdefizits auf 8,4 Milliarden US-Dollar geführt haben, stehen die Zeichen weiter auf Industriepolitik.<sup>25</sup> Die britische Kolonialverwaltung hatte dagegen grundsätzlich auf Interventionen am Markt verzichtet.

Diese Entwicklung reflektiert neben der schwachen Weltkonjunktur und hausgemachten Problemen das

<sup>25</sup> Vgl. FEER, 28.3.2002, S. 6.

allmähliche Schwinden der traditionellen Rolle des Territoriums als unabhängiger Mittler im China-Geschäft. Um auch künftig Wachstum zu realisieren, ist Hongkong verstärkt auf das Festland angewiesen. Verantwortlich hierfür ist unter anderem die fortschreitende Erosion solcher komparativer Vorteile wie Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit.

So hatte der Pekinger NVK im Juni 1999 auf Antrag von Chief Executive Tung Chee-hwa eine Entscheidung des Obersten Hongkonger Berufungsgerichts aufgehoben, nach der Kindern vom chinesischen Festland, die in der SAR mindestens einen Elternteil nachweisen konnten, das Aufenthaltsrecht gewährt worden war. Beobachter gehen davon aus, daß das Gericht keine weitere Verfassungskrise riskieren wird.<sup>26</sup> Die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt Radio Television Hong Kong ist in Peking wiederholt wegen kritischer Berichterstattung über die SAR-Regierung unter Beschuß geraten; im Oktober 2001 äußerte Tung Chee-hwa selbst erstmals sein Mißfallen über ein satirisches Programm.<sup>27</sup> Die Printmedien üben schon seit geraumer Zeit Selbstzensur.

Darüber hinaus geriet Hongkong unter erheblichen Druck Pekings, Artikel 23 des Basic Law gesetzgeberisch umzusetzen, der »subversive und aufrührerische Aktivitäten« gegen die Zentralregierung sowie Beziehungen zwischen lokalen und ausländischen politischen Organisationen verbietet.<sup>28</sup> Anson Chan, die 2001 zurückgetretene höchste Beamtin der SAR, hatte versucht, die Verabschiedung eines Anti-Subversionsgesetzes hinauszuzögern, das im Juli 2002 den Legco passierte. Zu den ersten Opfern einer solchen Regelung dürfte die Falungong-Sekte gehören, die in Hongkong, anders als im restlichen China, bisher noch Versammlungsfreiheit genießt.<sup>29</sup> Grundsätzlich geht es darum, Hongkong zu entpolitisieren. So wurde dem sino-amerikanischen Aktivistin Harry Wu Anfang 2002 gleich zweimal die Einreise verweigert.

Chan stand für ein unabhängiges Berufsbeamten-tum in britischer Tradition, wie es noch vom Basic

Law garantiert wird. Auch diesen Grundpfeiler der Hongkonger Autonomie wird es künftig so nicht mehr geben. Seit dem 1. Juli 2002 untersteht der öffentliche Dienst 14 ausgewählten Ressortchefs, die sowohl aus der Beamtenschaft als auch aus der Privatwirtschaft kommen und Tung allein verantwortlich sind. Sein »Küchenkabinett« Executive Council (Exco) wird ohnehin von prochinesischen Kräften und konservativen Geschäftsleuten dominiert.

Während die Zustimmung zu Tungs Politik in öffentlichen Umfragen Mitte 2002 mit 44 Prozent für Hongkonger Verhältnisse bescheiden ausfiel, war er noch im März von einem (in Peking zusammengestellten) Wahlmännerkolleg mit überwältigender Mehrheit für eine zweite Amtszeit gewählt worden. Die chinesische Führung hat sich bereits gegen die – vom Basic Law grundsätzlich eingeräumte – Möglichkeit ausgesprochen, sowohl den Legco als auch den Chief Executive ab 2007 in freien und direkten Wahlen zu bestimmen.<sup>30</sup> Tung Chee-hwa hofft, die Bürger Hongkongs von der Notwendigkeit einer engeren wirtschaftlichen Bindung an das Festland (und somit eines fortgesetzten politischen Entgegenkommens gegenüber Peking) überzeugen zu können.<sup>31</sup> Beobachter gehen allerdings davon aus, daß die SAR schon zuviel Zeit verloren hat, um auf längere Sicht von Chinas WTO-Beitritt zu profitieren.<sup>32</sup> Gleichzeitig würde eine weitreichende Integration in die festländische Wirtschaft Hongkong seiner verbliebenen Identität vollends berauben. Bei anhaltender Wirtschaftskrise könnte das demokratische Defizit ein erhebliches Legitimitätsproblem schaffen.

## USA

Im Rahmen seiner »internationalen antiterroristischen Koalition« hat George Bush jr. in wenigen Monaten erreicht, was sein Vorgänger Bill Clinton jahrelang vergeblich versucht hatte: eine deutliche

<sup>26</sup> Vgl. Danny Gittings, Hong Kong: More Malaise, in: China Brief, 2 (14.2.2002) 4.

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> Vgl. Willy Wo-Lap Lam, Economic Recovery, at a Price, in: China Brief, 2 (8.7.2002) 14. Im Jahr 2002 wurden Organisatoren nichtangemeldeter Demonstrationen erstmals gerichtlich belangt.

<sup>29</sup> Im Juni 2002 wurde Falungong-Anhängern aus den USA, Japan und Taiwan die Einreise verwehrt. Im August wurden 16 Mitglieder der Sekte wegen »Behinderung von Fußgänger« zu Geldstrafen verurteilt.

<sup>30</sup> Vgl. The Financial Times, 1.7.2002, S. HKII. Das derzeitige Parlaments-Wahlsystem vereint demokratische und korporatistische Elemente, wobei weniger als die Hälfte der 60 Abgeordneten direkt gewählt wird.

<sup>31</sup> Erwogen werden in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer Freihandelszone zwischen Hongkong, Macau und Kanton, zusätzliche chinesische Investitionen in Hongkong, die Genehmigung des Aktienerwerbs durch wohlhabende Festland-Chinesen an der Hongkonger Börse und die Ermutigung arbeitsloser Hongkonger, nördlich der Grenze auf Stellensuche zu gehen.

<sup>32</sup> Vgl. The Asian Wall Street Journal, 4.2.2002, S. 6.

Beschneidung der strategischen Manövrieremarge der Volksrepublik China. Während sich Peking mittlerweile von Allianzen und neuen militärischen Partnerschaften der USA eingekreist sieht,<sup>33</sup> hat Washington weder die Option auf die Schaffung eines regionalen und nationalen Raketenschirms fallengelassen noch jene auf humanitäre und andere Intervention.<sup>34</sup>

Bereits bei seiner Amtsübernahme im Januar 2001 hatte sich Bush öffentlich von Clintons Versuch distanziert, Peking durch einen langfristigen, multi-thematischen Dialog mit dem Ziel der Vertrauensbildung und Annäherung Chinas an internationale Normen einzubinden. Anders als sein Vorgänger bezeichnete er die Volksrepublik als »strategischen Wettbewerber« und verzichtete auf frühere Visionen einer »strategischen Partnerschaft«. Im Unterschied zu Clinton bekannte sich Bush außerdem unzweideutig zur Verteidigung Taiwans im Falle einer chinesischen Aggression.

Im April 2001 waren China und die USA aufgrund der Notlandung eines amerikanischen Aufklärungsflugzeugs auf der chinesischen Insel Hainan an den Rand einer dauerhaften Krise geraten.<sup>35</sup> Das Pentagon brach alle militärischen Kontakte zur Volksrepublik ab und genehmigte solche fortan nur noch im Ausnahmefall.<sup>36</sup> Die Ereignisse des 11. September 2001 hatten in Peking zunächst Hoffnungen geweckt, die Bush-Administration werde ihre Außenpolitik insbesondere im UN-Sicherheitsrat multilateralisieren. Das Gegenteil war der Fall. Binnen weniger Wochen hatten die USA Stützpunkte in Afghanistan, Pakistan

und allen zentralasiatischen Republiken eingerichtet, ihre militärische Zusammenarbeit mit Japan und Taiwan intensiviert und eine entsprechende Kooperation mit Indien in Aussicht gestellt. 2002 schloß sich der Ring aus militärischen Allianzen und Partnerschaften rund um die Volksrepublik China mit der Eröffnung einer »zweiten Front« in Südostasien. Gleichzeitig kam es zu einer spektakulären amerikanisch-russischen Annäherung (s.u.) und einer De-facto-Abkehr Washingtons vom Entspannungsprozeß auf der koreanischen Halbinsel (s.u.).

Auch die traditionellen chinesisch-amerikanischen Friktionen wurden nicht beseitigt. Zwar hielt sich Bush während seines ersten Staatsbesuchs in Peking im Februar 2002 in der Frage der Menschenrechte zurück. Er hatte allerdings vier Monate zuvor mit Blick auf die zunehmende Repression in Chinas Nordwestregion Sinkiang erklärt, Pekings Mitwirkung an der »internationalen Koalition« dürfe niemals zum Vorwand für die Verfolgung ethnischer Minderheiten werden.<sup>37</sup> Dieses Leitmotiv wurde vom State Department in seinem Bericht zur Menschenrechtslage in China aufgegriffen, der die religiöse Unterdrückung und Diskriminierung von Uiguren und Tibetern thematisierte.<sup>38</sup> Grundsätzlich behalten sich die USA vor, in Konflikten Territorien zu besetzen und Regime auszuwechseln,<sup>39</sup> eine für China inakzeptable Verletzung des Prinzips der Nichteinmischung.

Auf dem Gebiet der Proliferation von Raketen und Massenvernichtungswaffen hat die Bush-Administration den Druck auf die Volksrepublik seit dem 11. September eher noch erhöht.<sup>40</sup> So wurden chine-

33 Chinesische Beobachter glauben an eine langfristige Stationierung amerikanischer Truppen und eine Intensivierung westlicher Einflüsse in Zentral- und Südasiens. Vgl. Rong Ying, Fankong zhanzheng yu diqu xingshi [Antiterroristischer Krieg und regionale Lage], in: Guoji wenti yanjiu (Peking, China Institute of International Studies, 2002) 4, S. 7–10. Partei- und Staatschef Jiang Zemin sprach sich während eines Iran-Besuchs im April 2002 gegen die Stationierung amerikanischer Truppen in Zentralasien und im Mittleren Osten aus. Vgl. Chong-pin Lin, China after September 11, in: The Asian Wall Street Journal, 11.7.2002, S. 9.

34 Vgl. Kay Möller, Die USA und China: Sanftes Containment, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2002.

35 Im Juni 2002 kam es im internationalen Luftraum nördlich von Taiwan erneut zur Verfolgung eines amerikanischen Spionageflugzeugs durch zwei chinesische Abfangjäger. Vgl. The Washington Times, 27.6.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 27.6.2002.

36 Das einzige noch aktive regelmäßige Forum bilden Treffen im Rahmen des Konsultationsmechanismus zur Stärkung der maritimen militärischen Sicherheit.

37 Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 20.10.2001, S. 3. Andererseits setzten die USA im August 2002 die bis dahin kaum bekannte, angeblich separatistische »Islamische Bewegung Ostturkestans« auf ihre Liste terroristischer Organisationen und stellten Peking für den Fall eines Fortschritts in der Proliferationsfrage Hilfe bei der Unterbindung von Finanzflüssen an moslemische Separatisten in Sinkiang in Aussicht. Die »Islamische Bewegung« habe einen Anschlag auf die amerikanische Botschaft in Kirgistan geplant. Vgl. Reuters, 27.8.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 27.8.2002; The Washington Post, 29.8.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 29.8.2002.

38 Vgl. Country Reports on Human Rights Practices, China 2001, Washington: Department of State, 4.3.2002 (<http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2001/eap/8289.htm>).

39 Vgl. Quadrennial Defence Review Report, Washington: Department of Defence, 30.9.2001.

40 Im Zentrum des Disputs steht eine chinesische Zusage vom November 2000, keine Exporte ballistischer Raketen mehr durchzuführen, die gegen das Trägertechnologie-Kontrollregime verstoßen. Die Clinton-Administration hatte im

sische Firmen 2001 und 2002 mit Sanktionen belegt, die Raketentechnologie nach Pakistan bzw. konventionelle Waffen und Komponenten für biologische und chemische Waffen an den Iran geliefert hatten.<sup>41</sup> Zu diesem Thema waren auf dem Pekinger Gipfel weitere Verhandlungen vereinbart worden, aber die chinesische Seite hatte anschließend verlangt, daß Washington seine Vorwürfe zurücknehmen und die Sanktionen aufheben solle.<sup>42</sup> Die Implementierung der im August 2002 bekanntgegebenen neuen Regeln der Volksrepublik für den Export von Raketentechnologie bleibt abzuwarten.

Die USA haben ihre Pläne für die Errichtung eines nationalen bzw. nordostasiatischen Raketenabwehrsystems nicht nur nicht aufgegeben, sondern als Folge des 11. September noch forciert. Pekings größte Sorge in diesem Zusammenhang gilt einem regionalen Raketenschirm, der Taiwan abdecken würde. China ist es nicht gelungen, die eigene Raketenproliferation in Verhandlungen als Quidproquo einzubringen, und anders als gegenüber Rußland hat Washington wenig Neigung gezeigt, chinesischen Bedenken Rechnung zu tragen. Im März 2002 wurde bekannt, daß das Pentagon seinerseits den Einsatz von Atomwaffen im Falle eines Krieges in der Taiwan-Straße nicht ausschließt.<sup>43</sup>

Insbesondere in der Taiwanfrage zeigen Entwicklungen seit dem 11. September eine zunehmende Unvereinbarkeit der Standpunkte. Bush hat das sogenannte »Ein-China-Prinzip« nur selten erwähnt<sup>44</sup> und statt dessen den Taiwan Relations Act (TRA) von 1979 in den Vordergrund gerückt, der Washington verpflichtet, die Inselrepublik mit »Defensivwaffen« zu beliefern und ihr im Falle eines chinesischen Angriffs zu Hilfe zu kommen.<sup>45</sup> Im April 2001 hatte der

Präsident ein robustes Rüstungspaket für Taipei bewilligt, das unter anderem acht dieselgetriebene U-Boote und vier Zerstörer umfaßte.<sup>46</sup> Seither hat Taiwan zusätzliche militärische Software bezogen und seine Fähigkeit zur Kommunikation mit der Siebten US-Flotte verbessert. Im Februar 2002 erklärte Bush in einer Rede vor dem japanischen Parlament, Amerika werde sich seiner Verpflichtungen »gegenüber dem Volk von Taiwan« bewußt bleiben.<sup>47</sup> Im März reiste der taiwanische Verteidigungsminister erstmals zu sicherheitspolitischen Konsultationen in die USA, die künftig regelmäßig stattfinden sollen. Zum ersten Mal wurden auch Offiziere und Beamte aus Taiwan in sicherheitspolitische Ausbildungsprogramme beim Pazifikkommando in Hawaii einbezogen. Beobachter sprechen von einer Entwicklung in Richtung auf eine »De-facto-Allianz«.<sup>48</sup>

Schließlich haben sich auch die traditionellen chinesisch-amerikanischen Handelskonflikte trotz Pekings WTO-Beitritt nicht entschärft. Ein Streit um den Import amerikanischer Sojabohnen wurde im März 2002 nur provisorisch beigelegt, und China hat die 30prozentige Anhebung amerikanischer Zölle auf Stahlimporte bei der WTO anhängig gemacht.

2001 rief der amerikanische Kongreß zwei Kommissionen ins Leben, die alljährlich Berichte über die Auswirkungen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen auf die nationale Sicherheit der USA (US-China

Nachschub konstatiert. Vgl. FEER, 25.4.2002, S. 22–24.

**46** Inzwischen scheint festzustehen, daß die U-Boote in den USA gebaut werden sollen. Unklar bleibt, ob Washington zu diesem Zweck auf Blaupausen und Teile des deutschen U-Boots 209 zurückgreifen kann. 2002 erwarb der amerikanische Rüstungskonzern Northrop Grumman knapp 20% der Anteile an der Kieler HDW, wo dieses U-Boot gebaut wird. Weitere 75% gehören dem amerikanischen Investmentfonds One Equity Partner, der die Bereitschaft signalisiert hat, wiederum 20% an Northrop Grumman abzugeben. Vgl. Défense-aérospatiale (Paris), 4.6.2002, zitiert in: Asia-Pacific Naval Brief (boutillier@ampsc.com), 7.6.2002. Angeblich lassen die USA Taiwan die Wahl zwischen dem U-209 und dem israelischen »Dolphin«. Vgl. The Jerusalem Post, 22.7.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 22.7.2002.

**47** Vgl. Associated Press, 18.2.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 19.2.2002.

**48** Vgl. Robert S. Ross, Taiwan Balances Ties with China and USA, in: Jane's Intelligence Review, 14 (Februar 2002) 2, S. 40–42 (40). Peking kommentierte die USA-Reise von Verteidigungsminister Tang Yiau-ming als »hegemonialen Akt einer groben Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten« und sagte daraufhin den Hongkong-Besuch eines Zerstörers der Siebten Flotte ab. Vgl. FEER, 4.4.2002, S. 21f. Im folgenden Monat durfte eine amerikanische Flugzeugträgergruppe wieder in Hongkong vor Anker gehen.

Gegenzug eine Wiederaufnahme des Exports von Satellitentechnologie in die Volksrepublik in Aussicht gestellt. Amerikanische Geheimdienste haben ungeachtet der chinesischen Zusage weiter von einschlägigen Exporten berichtet.

**41** Vgl. FEER, 14.2.2002, S. 26–28; Reuters, 19.7.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report (<http://www.napsnet@nautilus.org>), 19.7.2002.

**42** Vgl. Associated Press, 26.2.2002, zitiert ebd., 26.2.2002.

**43** Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 19.3.2002, S. 5.

**44** Die bisher deutlichste Distanzierung der Bush-Administration von einer Formalisierung der De-facto-Unabhängigkeit Taiwans erfolgte im August 2002 im Anschluß an diesbezügliche Andeutungen des taiwanischen Präsidenten. Vgl. The Straits Times (Singapur), zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 8.8.2002.

**45** Das Pentagon hat mittlerweile taiwanische Defizite in den Bereichen zivile Kontrolle des Militärs, Optimierung von Kommando und Kontrolle, Interoperabilität, Ausbildung und

Commission) bzw. über Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit (Congressional-Executive Commission on China) vorlegen sollen. Auch deren Aktivitäten haben seither für bilaterale Irritationen gesorgt.<sup>49</sup>

Andererseits signalisierte der Peking-Gipfel eine atmosphärische Verbesserung der getrübbten zwischenstaatlichen Beziehungen. Obwohl die konkreten Beiträge der Volksrepublik zur »internationalen antiterroristischen Koalition« eher bescheiden ausgefallen waren,<sup>50</sup> wurden sie von Bush wiederholt gewürdigt. Während seines ersten Chinabesuchs im Februar 2002 sprach der amerikanische Präsident von einer »kooperativen und konstruktiven Beziehung«. Peking bescheinigte Washington im Gegenzug legitime Interessen im Pazifik.<sup>51</sup> Hu Jintao und Jiang Zemin erhielten Einladungen nach Washington. Über die Wiederaufnahme eines regelmäßigen militärischen Dialogs (Defence Consultative Talks, DCT) wird verhandelt.<sup>52</sup> Die veränderte Tonlage hat unter

<sup>49</sup> Die »US-China Commission« gelangte in ihrem ersten Bericht vom Juli 2002 unter anderem zu dem Schluß, daß Chinas Handelsbilanzüberschuß, Akquisition amerikanischer Direktinvestitionen und Zugang zum Kapitalmarkt der USA zur militärischen Modernisierung der Volksrepublik beigetragen haben. Vgl. Report to Congress of the US-China Security Review Commission. The National Security Implications of the Economic Relationship between the United States and China, Washington, Juli 2002 (<http://www.uscc.gov/excsum02.htm>).

<sup>50</sup> Peking unterstützte die Sicherheitsratsresolution 1368, mit der Washingtons Recht auf Selbstverteidigung bestätigt wurde. Darüber hinaus bot China nachrichtendienstliche Erkenntnisse zur Lage in Afghanistan an und schloß seine Grenzen mit Afghanistan und Pakistan. China und die USA gründeten eine Arbeitsgruppe über Kapitalbewegungen im Zusammenhang mit internationalem Terrorismus und vereinbarten regelmäßige Treffen auf Arbeitsebene. Im März 2002 stimmte die Volksrepublik der Eröffnung eines FBI-Büros in Peking zu.

<sup>51</sup> Vgl. FEER, 14.3.2002, S. 20f.

<sup>52</sup> Zur Erörterung dieses Komplexes reiste der Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Peter Rodman, im Juni 2002 nach Peking. Nach Mitteilung des Pentagon machte er die Wiederaufnahme des Dialogs von größerer Transparenz, Konsistenz und Reziprozität abhängig. Vgl. Insight Magazine, 15.7.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 27.7.2002. Konkrete Ergebnisse wurden nicht bekannt, aber man kann davon ausgehen, daß China seine diesbezügliche Zurückhaltung mit dem technologischen Vorsprung der USA begründete. Die chinesische Seite ist in diesem Zusammenhang vor allem an einer Aufhebung des 1989 verhängten amerikanischen Rüstungsembargos interessiert. Vgl. The Washington Times, 22.6.2002, zitiert ebd., 25.6.2002. Sollten die USA den (nach dem Jiang-Clinton-Gipfel von 1997 begonnenen) jährlichen militärischen Dialog

anderem, aber nicht nur mit der realen Herausforderung beider Staaten durch den internationalen Terrorismus zu tun. Auf amerikanischer Seite ist sie auch darauf zurückzuführen, daß die Republikanische Partei neben militärischen auch wirtschaftspolitische Interessen vertritt und daß die (an Zentralasien interessierte) Energie-Lobby und die Taiwan-Lobby nicht deckungsgleich sind. Auf chinesischer Seite ist man sich der Bedeutung der USA als größten Exportmarktes bewußt und möchte dieses Verhältnis jedenfalls während des eigenen Machtwechsels ruhigstellen. Dabei muß es nicht bleiben, vor allen Dingen dann nicht, wenn wachsende sozioökonomische Probleme in der Volksrepublik der chinesischen Regierung das Anschlagen nationalistischer Töne opportunistisch erscheinen lassen.

## Rußland

Von den diversen »strategischen Partnerschaften«, die China in den neunziger Jahren eingegangen ist, ist die mit Rußland die vielversprechendste. Hier geht es – anders als im Fall der USA – nicht nur um einen potentiell ernstzunehmenden Gegner, sondern auch um einen Nachbarn mit ähnlichen Weltordnungspräferenzen und teilweise identischen strategischen Interessen. Zusammenarbeit soll die chinesische Vision von einer multipolaren Welt fördern, mit der die Grundlagen für Ad-hoc-Koalitionen gegen (amerikanische) Hegemonie geschaffen werden könnten.

Wenn die Realität 2002 eine andere ist, dann aufgrund einer – von China zum Teil mitverschuldeten – stärkeren Westorientierung Moskaus.<sup>53</sup> Der russische Präsident Wladimir Putin hat zwar die multipolare Rhetorik seines Vorgängers beibehalten, sich aber gleichzeitig zu Rußlands europäischer Identität bekannt und den USA gegenüber mehrfach solche Prinzipien geopfert, deren gemeinsame Verteidigung China und Rußland seit Mitte der neunziger Jahre proklamiert hatten. Hierzu gehörten ein schrittweises Aufgeben des Widerstands gegen die (im Dezember 2001 vollzogene) Kündigung des Raketenabwehr-Vertrags durch die USA und Moskaus Annäherung an die NATO, die ihren bisherigen Höhepunkt im Mai

wieder aufnehmen, so vermutlich auf niedrigerer Ebene. Vgl. FEER, 21.2.2002, S. 28.

<sup>53</sup> So hat Peking Rußlands Bemühungen um eine Einbindung in den multilateralen Verhandlungsprozeß auf der koreanischen Halbinsel zu keiner Zeit unterstützt.

2002 mit der Gründung des NATO–Rußland-Rats fand. Verglichen mit diesen Tendenzen klingen gemeinsame Grundsatzserklärungen zunehmend hohl. Auch gibt es derzeit keine Hinweise auf eine aktive Koordinierung der chinesischen und russischen Irak-Politiken.<sup>54</sup>

Verantwortlich für diese Entwicklung sind in erster Linie Moskaus wirtschaftspolitische und wirtschaftliche Interdependenzen. Zwar bleibt die Volksrepublik China der wichtigste Abnehmer russischer Rüstungsgüter und ein potentieller Abnehmer russischer fossiler Brennstoffe,<sup>55</sup> aber sie bietet keine Alternative zu westlichen Investitionen oder westlichen technischen und finanziellen Hilfen.

Darüber hinaus konnte Putin mit seiner Teilnahme an der »internationalen antiterroristischen Koalition« Prestige erwerben und das Tschetschenien-Thema weitgehend aus den Beziehungen zum Westen ausblenden. Anders als China öffnete Rußland seinen Luftraum nach dem 11. September für die amerikanische Luftwaffe, und ohne vorherige Konsultationen mit China gestattete Moskau seinen zentralasiatischen Verbündeten, mit den USA militärisch zusammenzuarbeiten.<sup>56</sup> Dies war insofern nicht ohne Pikanterie, als Rußland, China, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan erst im Juni 2001 eine Regionalorganisation (Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, SOZ) aus der Taufe gehoben hatten, die

**54** Allerdings diskutierten die Außenminister Chinas, Rußlands und Indiens das Thema am Rande der UN-Vollversammlung vom September 2002 und appellierten an Bagdad, alle bisherigen Sicherheitsratsresolutionen bedingungslos umzusetzen. Vgl. PTI News Agency (Neu-Delhi), 15.9.2002, zitiert in: BBC Monitoring Global Newline, 15.9.2002.

**55** Zu den derzeit erörterten Projekten gehören: Erschließung der Erdgasvorkommen von Kowiktinskoje bei Irkutsk im östlichen Sibirien und Bau einer Pipeline ins nordöstliche China; Bau einer Erdgas-Pipeline von Angarsk bei Irkutsk ins östliche China; Bau einer Erdöl-Pipeline von Tomsk ins nordöstliche China. Am weitesten fortgeschritten sind die Planungen für das Angarsk-Projekt. Differenzen betreffen zumeist die Frage der Finanzierung, aber auch die Aufnahmefähigkeit der Volksrepublik und im Fall von Kowiktinskoje den Verlauf der Pipeline (Rußland möchte die kürzeste Verbindung durch die Mongolei, China wünscht eine Umgehung der Mongolei, weil diese sich weigert, mit Peking und Moskau einen Vertrag über trilaterale sicherheitspolitische Kooperation zu schließen).

**56** Chinesische Beobachter konstatieren, daß Rußlands sicherheitspolitische Rolle und wirtschaftliche Interessen in Zentralasien seit der amerikanischen Intervention in Afghanistan Schaden genommen haben. Vgl. *Rong, Fankong zhanzheng* [wie Fn. 33], S. 10.

sich unter anderem das Ziel der gemeinsamen Terrorismusbekämpfung gesetzt hatte. Seither ist die Rolle der SOZ im Kampf gegen die Taliban und al-Qaida eine eher rhetorische.<sup>57</sup>

## Verteidigung

Die Volksrepublik China ist 2002 keine zur Machtprojektion fähige Großmacht und wird dies auch in den nächsten zehn Jahren nicht werden. Während die Integration importierter Waffensysteme vielfach mit Problemen behaftet ist, liegen selbst modernste chinesische Eigenentwicklungen um mindestens eine Generation hinter vergleichbarer westlicher Technologie zurück. Es werden Jahre vergehen, bis auch nur rudimentäre Kapazitäten moderner Kriegführung zur Verfügung stehen.<sup>58</sup> Defizite im Bereich Kommando, Kommunikation und Aufklärung sind der Grund für anhaltende Probleme bei der Interoperabilität der Teilstreitkräfte.<sup>59</sup>

Verantwortlich hierfür ist wiederum in erster Linie der hochgradig zentralisierte Charakter von Industrie und Administration, aufgrund dessen es an jener Kreativität und Flexibilität mangelt, die vor allem in technologisch fortschrittlichen Sektoren unverzichtbar sind. Dennoch kann »eine große, relativ rückständige Streitmacht, kombiniert mit einer begrenzten Zahl einheimischer rüstungstechnologischer Errungenschaften, sowie insbesondere einigen intelligenten Importen, wesentlichen Einfluß auf das ostasiatische Kräftegleichgewicht ausüben.«<sup>60</sup> Diesbezügliche Planungen der Volksbefreiungsarmee (VBA) gelten in erster Linie der Taiwan-Straße, wo nicht nur der taiwanische Verteidiger, sondern auch die Siebte US-Flotte zu bezwingen wäre.<sup>61</sup>

**57** Es bleibt abzuwarten, welche Bedeutung in diesem Zusammenhang einem im Juni 2002 gegründeten regionalen Antiterrorismus-Zentrum zukommt. Vgl. Gudrun Wacker, Gipfeltreffen der »Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit«. Von Worten zu Taten?, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2002.

**58** Vgl. Richard A. Bitzinger, *Going Places or Running in Place? China's Efforts to Leverage Advanced Technologies for Military Use*, in: Susan M. Puskas (Hg.), *People's Liberation Army after Next*, Carlisle: Strategic Studies Institute, US War College, August 2000 (<http://carlisle-www.army.mil/usassi/ssipubs/pubs2000/planext.pdf>), S. 9–54 (40).

**59** Ebd., S. 11.

**60** Ebd., S. 41.

**61** Ähnlich große Aufmerksamkeit gilt dem Südchinesischen Meer, wo die Volksrepublik heute schon Inseln und Riffe



Angesichts der Kluft zwischen den militärischen Fähigkeiten der Volksrepublik und denen der USA entschloß sich Peking 1999 vor dem Hintergrund der NATO-Invasion im Kosovo zu einer Strategie der »asymmetrischen Kriegführung«. In deren Rahmen soll die amerikanische Seite durch Aufrüstung in kritischen technologischen Nischen entweder von einer Intervention abgeschreckt oder gar auf dem Kriegsschauplatz besiegt werden.<sup>62</sup> Mit dieser Strategie hofft China offenbar die Zeit zu überbrücken, die es benötigt, um sich ein umfassendes Arsenal für Zwecke der Machtprojektion zuzulegen.

In diesem Zusammenhang hat die VBA-Marine 2001 zwei (von insgesamt vier) russische Zerstörer der Sowremennij-Klasse in Dienst genommen, die mit SS-N-22-»Sunburn«-Marschflugkörpern ausgerüstet sind und eine ernsthafte Herausforderung für amerikanische Flugzeugträgergruppen darstellen könnten. Im Juni 2002 orderte China außerdem acht dieselgetriebene U-Boote und modernste russische Antischiffsraketen und Antiflugzeugraketen.<sup>63</sup>

Selbst nach amtlichen Angaben haben sich Pekings Verteidigungsausgaben zwischen 1986 und 1999 nominell nahezu verdreifacht.<sup>64</sup> Seit 2000 ist das Budget jährlich um über 17 Prozent angewachsen. Das 2002 erreichte Volumen von ca. 20 Milliarden US-Dollar wird nach westlichen Schätzungen in der Praxis um etwa das Dreifache überschritten.<sup>65</sup> Chinas Vertei-

besetzen, aber nicht gegen einen modern bewaffneten Angreifer verteidigen kann. Zu diesem Zweck wird ein Luftbetankungssystem getestet. Vgl. Frank W. Moore, *China's Military Capabilities*, Washington: Institute for Defence and Disarmament Studies, Juni 2000 (<http://www.idds.org/>). Ein eigener Flugzeugträger könnte frühestens 2010 in Dienst gestellt werden. Vgl. Ian Storey/You Ji, *Chinese Aspirations to Acquire Aircraft Carrier Capability*, in: *Jane's Intelligence Review*, 14 (April 2002) 4, S. 36–39. Einer anderen Lesart zufolge könnte China den 1998 in Rußland erworbenen Flugzeugträger-Rumpf »Varyag« in 5–6 Jahren für Kampfeinsätze ausbauen. Vgl. Handelsblatt, 20.8.2002, S. 10.

<sup>62</sup> Vgl. FEER, 14.10.1999, S. 26–28.

<sup>63</sup> Vgl. *Jane's Defence Weekly*, 12.6.2002, zitiert in: *Asia-Pacific Intelligence Brief*, 11.6.2002; *The Taipei Times*, 18.6.2002, zitiert ebd., 18.6.2002. Die Volksrepublik hat in den neunziger Jahren bereits vier russische U-Boote erworben.

<sup>64</sup> Vgl. *International Institute for Strategic Studies*, *Strategic Survey 1999–2000*, London: Oxford University Press, 2000, S. 41–50.

<sup>65</sup> Verantwortlich für diese Differenzen sind in anderen Titeln versteckte Mehrausgaben für Forschung und Entwicklung, Pensionszahlungen, Einnahmen aus dem militärisch-industriellen Komplex etc. Das Pentagon errechnete 2002 Gesamtausgaben in Höhe von 65 Mrd. US-Dollar, das wäre

digungsausgaben würden demnach die japanischen übertreffen.<sup>66</sup>

Der Schwerpunkt der militärischen Modernisierung der Volksrepublik China liegt seit Ende der achtziger Jahre bei Marine, Luftwaffe und Raketenwaffe. Dabei kam es aufgrund eigener Defizite zu einem Mix aus (vielfach auf sowjetischer Technologie basierenden) lokalen Entwicklungen und Importen aus der Sowjetunion und Israel. Seit 2000 ist Peking der größte Rüstungsimporteur der Welt. 2001 soll über die Hälfte aller russischen Rüstungsexporte mit einem Gesamtwert von 4 Mrd. US-Dollar auf die Volksrepublik entfallen sein.<sup>67</sup> Moskau hat es allerdings bislang abgelehnt, modernste Systeme wie den Tu-22-M-»Backfire«-Überschallbomber oder Sukhoi-35-Jagdbomber zu verkaufen.

Es gibt Anzeichen dafür, daß sich Pekings Nukleardoktrin seit Ende der achtziger Jahre von der Minimalabschreckung (bei der Ziele auf dem Territorium des Angreifers mit Vergeltungsschlägen bedroht werden) zu begrenzter Abschreckung (bei der militärische Ziele im Rahmen von Kampfhandlungen angegriffen werden) fortentwickelt hat, was unter Umständen einen Widerspruch zu Chinas 1964 formuliertem Verzicht auf einen Ersteinsatz bedeuten könnte.<sup>68</sup> In diesem Licht wäre gegebenenfalls auch die laufende Modernisierung der sogenannten Zweiten Artillerie zu sehen. Chinas strategische Atomwaffe besteht aus ca. 20 Interkontinentalraketen, 130–150 Mittelstreckenraketen mittlerer und größerer Reichweite und ca. 350 Kurzstreckenraketen (letztere sind vornehmlich an der Taiwan gegenüberliegenden Küste disloziert und vermutlich für konventionelle Angriffe vorgese-

weltweit das zweitgrößte Budget. Vgl. *Annual Report on the Military Power of the People's Republic of China*, Washington: Department of Defence, Juli 2002 ([www.nautilus.org/pub/ftp/napsnet/special\\_reports/d20020712china.pdf](http://www.nautilus.org/pub/ftp/napsnet/special_reports/d20020712china.pdf)).

<sup>66</sup> Japans amtlicher Verteidigungshaushalt belief sich 2001 auf 40,4 Mrd. US-Dollar. Vgl. *International Institute for Strategic Studies*, *The Military Balance 2001–2002*, London: Oxford University Press, 2002, S. 194. Es gibt keine Spekulationen über verdeckte Posten.

<sup>67</sup> Die 2000 geschlossenen Verträge erreichten ein Gesamtvolumen von fast 3 Mrd. US-Dollar, das war mehr als doppelt so viel wie im Fall anderer Importeure. Vgl. *SIPRI 2001 Yearbook*, Stockholm: International Peace Research Institute, 2001, S. 224. Ca. 1500 russische Wissenschaftler sind im Rahmen langfristiger Arbeitsverträge in der Volksrepublik tätig. Vgl. *Annual Report on the Military Power of the People's Republic of China* [wie Fn. 65].

<sup>68</sup> Vgl. Alastair Ian Johnston, *China's New Old Thinking: The Concept of Limited Deterrence*, in: *International Security*, 17 (Herbst 1992) 2, S. 5–36 (19).

hen, s.u.). Zwei Prototypen für neue Interkontinentalraketen befinden sich in der Testphase und könnten 2005 bzw. 2010 in Dienst gestellt werden.<sup>69</sup> Nukleare Langstrecken-Marschflugkörper werden auf Basis von russischen Prototypen konstruiert.

Angesichts der Raketenabwehrpläne der USA wird neben den Trägersystemen das Arsenal von 300 »strategischen Sprengköpfen« ausgebaut und fortentwickelt. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Entwicklung von Mehrfachsprengköpfen und unabhängigen Mehrfachsprengköpfen.<sup>70</sup>

**69** Vgl. Moore, China's Military Capabilities [wie Fn. 61]. Darüber hinaus entwickelt China eine feststoffgetriebene Interkontinentalrakete und eine neue seegestützte Interkontinentalrakete. Die CIA geht davon aus, daß 2015 zwischen 75 und 100 chinesische Interkontinentalraketen die USA bedrohen werden. Vgl. FEER, 24.1.2002, S. 28.

**70** Vgl. Li Bin, The Impact of US NMD on Chinese Nuclear Modernisation, in: Pugwash Newsletter, 38 (Juni 2001) 1, S. 59–68.

# Taiwan

Taiwan (offiziell: Republik China auf Taiwan) liefert seit Beginn der Demokratisierung Ende der achtziger Jahre den Gegenentwurf zum Gesellschaftsmodell der Volksrepublik China. 1996 und 2000 wurden hier die ersten freien Präsidentschaftswahlen auf chinesischem Boden durchgeführt. Die Inselrepublik hat darüber hinaus mit wechselndem Erfolg versucht, ihre formellen und informellen internationalen Beziehungen auszubauen und so aus der Isolation der siebziger und achtziger Jahre auszubrechen. Beide Entwicklungen wurden in Peking als Provokation verstanden und wiederholt mit militärischen Drohgebärden beantwortet. 2002 bleibt die Taiwan-Straße der potentiell gefährlichste Konfliktherd im Pazifik. Ob die Spannungen eskalieren, hängt von den zunehmend divergierenden innenpolitischen Dynamiken auf beiden Seiten ab.

## Innere Entwicklung

*Einwohner:* 22,3 Millionen  
*Ethnische Zusammensetzung:* 98% Chinesen, davon 13% »Festländer«, 2% malaiische Ureinwohner  
*BIP 2001:* 308,5 Mrd. US-Dollar  
*Wachstum 2000–2001:* 4%  
*BIP pro Kopf 2001:* 13 835 US-Dollar  
*Verteidigungsbudget 2001:* 8,2 Mrd. US-Dollar  
*Mannstärke aktiver Truppen:* 350 000  
*Staatsoberhaupt:* Chen Shuibian (seit 2000)  
*Regierungschef:* Yu Shyi-kun (seit 2002)

Ähnlich wie in der Volksrepublik überlebt auch in der Republik China ein politischer Imperativ, der zu wachsender, innenpolitischer Polarisierung führt. Trotz Taiwans erster Rezession in 50 Jahren und der bislang höchsten Kapitalflucht nach China ging die Democratic Progressive Party (DPP) des im Vorjahr gewählten Präsidenten Chen Shuibian aus den Parlamentswahlen vom 1. Dezember 2001 als Sieger hervor und löste die seit 1949 dominante Nationalistische Partei (Kuomintang, KMT) ab. Die DPP, aus der Unabhängigkeitsbewegung der vordemokratischen Zeit hervorgegangen, strebt laut Parteiprogramm nach

rechtlicher Untermauerung der De-facto-Unabhängigkeit von China.

Zum Zeitpunkt der Parlamentswahl verzeichnete Taiwans Wirtschaft ein Negativwachstum von 4,2 Prozent und eine Rekordarbeitslosigkeit von 5,3 Prozent. Ähnlich wie im Hongkong der achtziger Jahre wanderten ganze Produktionszweige nach China ab, ohne daß Hongkonger Alternativen, etwa die Entwicklung zum regionalen Finanzzentrum, realistisch gewesen wären.

Taiwans Wirtschaftsprobleme sind Folge der rückläufigen Weltnachfrage nach Produkten der Elektro- und Elektronikindustrie, aber auch eines sanierungsbedürftigen Banksektors<sup>71</sup> und des staatlich geförderten Überlebens nichtprofitabler Produktionszweige. Gleichzeitig hat die Wettbewerbsfähigkeit der gegenüberliegenden chinesischen Küstenprovinzen auch in denjenigen Sektoren dramatisch zugenommen, auf denen traditionell die Exporterfolge der Inselrepublik beruhen.

Präsident Chen gelang es durch Einberufung einer »nationalen Wirtschaftskonferenz« im Juli 2001, das Thema im Wahlkampf zu neutralisieren. Kurz vor der Wahl kündigte er die Gründung einer »nationalen Allianz für Stabilität« an und hob das Verbot für den direkten Handel mit dem Festland grundsätzlich auf (s.u.). Im Juli 2002 stellte die Regierung 77 Milliarden US-Dollar zur Wiederbelebung der heimischen Wirtschaft zur Verfügung. Für das ganze Jahr wird mit einem mindestens 3prozentigen BIP-Wachstum gerechnet.<sup>72</sup>

Während die KMT im Dezember fast die Hälfte ihrer Parlamentssitze verlor, errang die DPP nur eine relative Mehrheit und war auf Zusammenarbeit mit bzw. Duldung durch andere Kräfte angewiesen. Ein möglicher Partner war – jedenfalls theoretisch – die im August 2001 auf Initiative von Chens Vorgänger Lee Teng-hui (1988–2000) gegründete Taiwan Solidarity Union (TSU), die eine antichinesische Agenda verfolgte.<sup>73</sup> Lee hatte der eigenen KMT vorgeworfen, die

<sup>71</sup> Der Anteil nichtrückholbarer Kredite am BIP wird auf 11% geschätzt. Vgl. FEER, 5.9.2002, S. 48.

<sup>72</sup> Ebd.

<sup>73</sup> Lee deutete im Juli 2002 an, er werde demnächst einen Plan zur Formalisierung der Unabhängigkeit Taiwans bis

Interessen der »Taiwanesen« an Peking zu verraten, und war deshalb im September 2001 aus der Nationalistischen Partei ausgeschlossen worden. Allerdings hätten auch DPP und TSU zusammen die absolute Mehrheit noch um 13 Sitze verfehlt, und weder die KMT noch die 2000 von ihr abgespaltene People First Party (PFP) des ehemaligen Gouverneurs der Provinz Taiwan, James Soong, waren bereit, mit Chens DPP zusammenzuarbeiten.

Taiwans semi-präsidentielle Verfassung sieht zwar vor, daß der Premierminister vom Präsidenten bestellt wird, aber einem Parlament verantwortlich ist, das ihn wahlweise blockieren oder – ggf. auch auf Kosten des Präsidenten – stärken kann. Nach den Präsidentschaftswahlen vom März 2000 hatten sich eine von der DPP geführte Regierung und eine von der Opposition beherrschte Legislative die Macht streitig gemacht, was trotz der Aufnahme von KMT-Ministern ins Kabinett Fundamentalopposition und eine Lähmung der Exekutive zur Folge hatte.

Nachdem Koalitionsangebote gescheitert waren und KMT und PFP den Vorschlag, eine Art großer Koalition zu bilden,<sup>74</sup> verworfen hatten, erklärte sich die TSU im Juli 2002 bereit, die Regierung im Einzelfall zu unterstützen. Es bleibt abzuwarten, ob dies einen wesentlichen Fortschritt gegenüber der bisherigen mühsamen Suche nach variablen Mehrheiten bedeuten wird. Dagegen könnte Chen Shuibians Entscheidung vom Frühjahr 2002 sprechen, nun auch den DPP-Vorsitz zu übernehmen und damit seine parteiliche Bindung hervorzuheben. Die TSU hat ihn seither dafür kritisiert, auch im Halbleiterbereich Investitionen in China zuzulassen.<sup>75</sup>

## Außenbeziehungen

Ausgerechnet der DPP-Präsident ist China seit seiner Wahl weiter entgegengekommen als sein nationalistischer Vorgänger. Chen Shuibian hat (unter der Bedingung eines Pekinger Gewaltverzichts) sowohl eine

2008 vorlegen, wenn der chinesische Nationalismus einen Höhepunkt erreichen würde. Vgl. The Straits Times (Singapur), 24.7.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 24.7.2002.

<sup>74</sup> Chen Shuibian hatte wahlweise von einer »Allparteien-Allianz«, einer »Mehrheitsallianz« und einer »Allianz für nationale Stabilität« gesprochen, ohne Einzelheiten zu erläutern oder gar inhaltliche Verhandlungen anzubieten.

<sup>75</sup> Vgl. FEER, 2.5.2002, S. 11. Nach den Vorstellungen der Regierung soll dies nur für ältere Technologien gelten.

Unabhängigkeitserklärung als auch eine Zweistaatenformel ausgeschlossen, wie sie noch 1999 von Lee Teng-hui formuliert worden war. Er hat Obergrenzen für Investitionen auf dem Festland sowie das Verbot für den direkten Handel mit dem Festland grundsätzlich aufgehoben.<sup>76</sup> Chen hat es allerdings abgelehnt, das sogenannte »Ein-China-Prinzip« als Ausgangspunkt für Gespräche zu akzeptieren (die letzte halboffizielle Gesprächsrunde zwischen beiden Seiten fand Ende 1995 statt), und wurde deshalb bisher von Peking geschnitten. Die Volksrepublik identifiziert das »eine China« implizit mit sich selbst und betrachtet Taiwan in diesem Rahmen bestenfalls als Provinz mit gewissen Sonderrechten.

Anstelle von Chen hat Peking die taiwanesischen Wirtschaft und die konservativen Oppositionsparteien umworben, was jedoch nicht dazu führte, daß deren chinapolitische Kompromißvorschläge (gemeinsamer Markt, Konföderation) akzeptiert worden wären. Ersatzweise wird der Insel ein »erweitertes Hongkong-Modell« angeboten, das ihr die Beibehaltung des eigenen Regierungssystems und sogar eigene Streitkräfte garantieren soll, sie aber dessen ungeachtet in eine untergeordnete Rolle zwingt. Symptomatisch war in diesem Zusammenhang die chinesische Weigerung, im Oktober 2001 einen ehemaligen taiwanesischen Vizepräsidenten als Delegationsleiter der Republik China auf dem Shanghaier Gipfeltreffen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftszusammenarbeit (Asia-Pacific Economic Cooperation, APEC) zu akzeptieren (Taipei hatte daraufhin seine Delegation abberufen). Im Juni 2002 warnte der chinesische Außenhandelsminister Drittstaaten davor, Freihandelsabkommen mit Taiwan zu unterzeichnen.<sup>77</sup>

Nach den Parlamentswahlen vom Dezember 2001 war wieder etwas Bewegung in den taiwanesisch-chinesischen Dialog gekommen. Im Januar 2002 lud Chinas Vizepremier Qian Qichen DPP-Mitglieder erstmals zu Besuchen in die Volksrepublik ein.<sup>78</sup> Im März

<sup>76</sup> Im Februar 2002 hob Taiwan Restriktionen für den Direkt-handel mit dem Festland und ein Importverbot für 2000 landwirtschaftliche und Industrieprodukte aus China auf. Zudem wurden Banküberweisungen in Drittwährungen genehmigt. Seit August 2002 können taiwanesischen Unternehmen ohne die Einschaltung von Filialen in Drittstaaten Investitionen in China tätigen. Sie müssen für solche Investitionen allerdings eine Genehmigung beantragen.

<sup>77</sup> Vgl. The Wall Street Journal, 21.6.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 21.6.2002. Adressat waren in erster Linie die USA.

<sup>78</sup> Vgl. FEER, 7.2.2002, S. 33–35. Im Juni 2002 präzisierte ein Sprecher des Büros für Taiwan-Angelegenheiten beim Staats-

bot Premierminister Zhu Rongji die Wiederaufnahme der 1995 abgebrochenen Verhandlungen an, ohne dieses Angebot mit den sonst üblichen Drohungen zu verbinden.<sup>79</sup> Im Mai 2002 gründeten die staatlichen Ölgesellschaften beider Seiten ein Joint-venture zur Suche nach Öl und Gas am südlichen Ausgang der Taiwan-Straße. Chen Shuibian erklärte seine Bereitschaft, Verhandlungen zum Thema »drei große Verbindungen« (Direktverbindungen bei Handel, Verkehr und Post)<sup>80</sup> zunächst durch taiwanesischen Geschäftsleute führen zu lassen, ein Angebot, das von chinesischer Seite grundsätzlich angenommen wurde.<sup>81</sup>

In der Endphase dieser Gespräche werden allerdings amtliche Absprachen unumgänglich. Theoretisch könnte Taipei hierbei versuchen, eine Verknüpfung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem »Ein-China-Prinzip« durch Internationalisierung im Rahmen der WTO zu verhindern, der China und Taiwan im Dezember 2001 bzw. Januar 2002 beigetreten sind. Peking hat allerdings bereits angekündigt, diesbezügliche Verhandlungen nicht im Rahmen der Organisation führen zu wollen (abgesehen davon bekennt sich die Mehrheit der WTO-Mitglieder zum »Ein-China-Prinzip« und versteht Taiwan nur als Zollterritorium). Da mit einem schnellen konjunkturellen Umschwung auf der Insel kaum gerechnet werden kann, wird viel davon abhängen, ob sich Chen bei diesen Verhandlungen innenpolitisch auf eine breite Mehrheit stützen kann, ohne sich der eigenen Parteibasis zu entfremden. Zweifel daran sind aber angebracht. So spekulierte der Präsident im Juli 2002 über ein Szenario, in dem Taiwan »seinen eigenen Weg« gehen werde, sollte Peking auf seine Angebote zum Dialog nicht reagie-

rat der Volksrepublik, die DPP könne eine Delegation entsenden, sobald sie die Unabhängigkeitsforderung aus dem Parteiprogramm gestrichen habe. Vgl. *The China Daily*, 27.6.2002, zitiert in: *Napsnet Daily Report*, 27.6.2002.

<sup>79</sup> Vgl. *International Herald Tribune*, 8.3.2002, S. 3.

<sup>80</sup> Taiwan hatte entsprechende »kleine Verbindungen« zwischen dem Festland und vorgelagerten Inseln der Republik China bereits im Januar 2000 genehmigt.

<sup>81</sup> Vgl. *The Asian Wall Street Journal*, 29.5.2002, S. 9. China erklärte im Juni 2002, technische Details sollten von Organisationen der Wirtschaft ausgehandelt und die Vereinbarungen anschließend von den Regierungen gebilligt werden. Vgl. *Associated Press*, 25.6.2002, zitiert in: *Napsnet Daily Report*, 25.6.2002. Die Volksrepublik besteht allerdings darauf, künftige See- und Luftverbindungen als inländische Verkehrswege zu behandeln. Vgl. *The China Daily*, 27.6.2002, zitiert ebd., 27.6.2002. Taiwan verlangt die Wiederaufnahme des halbamtlichen allgemeinen Dialogs vor Beginn der Verhandlungen über die »drei großen Verbindungen«. Vgl. *Asia Pulse* (Taipei), 8.7.2002, zitiert ebd., 9.7.2002.

ren.<sup>82</sup> Wenig später verlangte er erstmals die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für ein Referendum über die Formalisierung der Unabhängigkeit.<sup>83</sup>

Weitreichende taiwanpolitische Festlegungen sind auf dem Festland nicht vor Abschluß des Machtwechsels und der Konsolidierung der neuen Führung zu erwarten. China glaubt, soviel Zeit zu haben, weil die wirtschaftliche Abhängigkeit Taiwans weiter wächst. Diese Abhängigkeit ist allerdings differenziert zu betrachten. Auf der einen Seite ist die Volksrepublik in den neunziger Jahren in der Tat zu Taiwans zweitwichtigstem Absatzmarkt (nach den USA) und wichtigstem Ziel für taiwanesischen Direktinvestitionen geworden.<sup>84</sup> Heute gibt es auf dem Festland über 40 000 taiwanesischen Firmenniederlassungen und mehr als 300 000 taiwanesischen Geschäftsleute mit einer permanenten Aufenthaltsgenehmigung. Peking hat wiederholt versucht, diese Abhängigkeit mehr oder minder subtil im eigenen Interesse zu nutzen. So wurden taiwanesischen Investoren, die mit Chen Shuibian sympathisierten, kurz nach dessen Wahl zum Präsidenten vorübergehend mit geschäftlicher Diskriminierung bedroht.<sup>85</sup>

Andererseits ist diese Abhängigkeit keine Einbahnstraße. In den neunziger Jahren war die Inselrepublik zweitwichtigste Quelle von ausländischen Direktinvestitionen in der Volksrepublik (nach Hongkong), und erst mit Hilfe dieser Investitionen überholte China Taiwan als weltweit drittgrößten Exporteur von informationstechnologischer Hardware. Außerdem produzieren viele taiwanesischen Unternehmen auf dem Festland für den Weltmarkt, so daß eine Einstellung dieser Produktion China mindestens ebenso schaden würde wie der Inselrepublik.

Letztlich liegt Taiwans ökonomische Zukunft nicht auf dem Festland, sondern auf dem Weltmarkt für Hochtechnologie-Produkte, den die Volksrepublik auf

<sup>82</sup> Anlaß für diese Drohung war anscheinend die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und der Pazifikinsel Nauru. Nauru hatte die Beziehungen zu Taiwan angekündigt und soll nach taiwanesischer Darstellung mit chinesischen Hilfszusagen in Höhe von über 130 Mio. US-Dollar zum Wechsel bewogen worden sein. Vgl. *The Financial Times*, 22.7.2002, S. 2.

<sup>83</sup> Vgl. *Reuters*, 3.8.2002, zitiert in *Taiwan Security*, 4.8.2002 (<http://taiwansecurity.org/Reu/2002/Reuters-080402.htm>).

<sup>84</sup> Nach Auskunft der taiwanesischen Regierung war das Gros dieser Projekte bisher nicht profitabel. Vgl. *FEER*, 24.1.2002, S. 29.

<sup>85</sup> Vgl. Paul J. Bolt, *Economic Ties across the Taiwan Strait: Buying Time for Compromise*, in: *Issues and Studies* (Taipei), 37 (März/April 2001) 2, S. 80–105 (84).

absehbare Zeit nicht bedienen wird. Während die weitgehend dezentrale und mittelständische Struktur der taiwanesischen Industrie dieser Ambition entgegenkommt, wird es allerdings erheblicher staatlicher Restrukturierungs- und Förderungsanstrengungen bedürfen, um sie zu realisieren.

Gleichzeitig verfolgt die DPP-Administration eine Politik der »Nadelstiche«, um Taiwans internationale Manövriermarge auszuloten und gegebenenfalls zu erweitern. Hierzu gehörten 2002 der fehlgeschlagene Versuch, der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation, WHO) als Beobachter beizutreten, und die Entscheidung, Reisepässe der Republik China künftig mit dem Aufdruck »issued in Taiwan« zu versehen. Das neue Logo des Presseamts der Regierung verzichtet auf die bisher übliche Landkarte und Staatsflagge der Republik. Der einheimische Minnan-Dialekt hat quasi-offiziellen Status erhalten. Im Ausland laufen Bemühungen, Taipeis bisher unterschiedlich benannte, inoffizielle Vertretungen einheitlich »Taiwan Representative Office« zu nennen. Ein historischer Territorialanspruch auf die Mongolei wurde fallengelassen.<sup>86</sup> Im August 2002 reiste die taiwanesisch Vizepräsidentin Annette Lu zu einem Überraschungsbesuch nach Indonesien und traf dort mit zwei Regierungsmitgliedern und Vertretern des Energiesektors zusammen.<sup>87</sup>

Zukunftsszenarien für die chinesisch-taiwanesischen Beziehungen sind zunehmend von den inneren Dynamiken beider Seiten bedingt. Die einzige Konstante in diesem Zusammenhang ist die Konsolidierung einer eigenständigen taiwanesischen Identität, die in China – abhängig von der eigenen inneren Verfassung – mit mehr oder weniger Nervosität registriert wird. In diesem Sinne gibt es keinen Status quo, den man mit Hilfe von Vertrauens- und Sicherheitsbildung zementieren könnte,<sup>88</sup> und in diesem Sinne ist auch die Abkehr der USA von der »strategischen Ambiguität« konsequent.

## Verteidigung

In einem Bericht an den amerikanischen Kongreß erklärte das Pentagon im Juli 2002, die Volksrepublik China rüste ihre Streitkräfte auf, um Taiwan zu bezwingen und eine amerikanische Intervention in einem Krieg in der Taiwan-Straße zu erschweren. Bis 2005 würde die Zahl der Taiwan gegenüber dislozierten Kurz- und Mittelstreckenraketen von derzeit ca. 350 auf 600 angestiegen sein. China könnte mit seiner U-Bootflotte eine Seeblockade verhängen und der Siebten US-Flotte mit Hilfe der neuen russischen Zerstörer ernsthaften Schaden zufügen.<sup>89</sup>

Unter der Clinton-Administration hatte das amerikanische Verteidigungsministerium 1999 und 2000 darauf verwiesen, daß die Volksrepublik auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein würde, Taiwan mit konventionellen Mitteln zu besetzen und zu halten.

Beide Versionen sind grundsätzlich richtig. Zum einen bleibt die taiwanesisch Armee der VBA technologisch mittelfristig zur See und in der Luft überlegen, mangelt es der VBA-Marine an ausreichenden amphibischen Kapazitäten<sup>90</sup> und würde Taiwan im Fall eines chinesischen Angriffs hinreichend Vorwarnzeit verbleiben. Zum anderen wäre Peking schon heute in der Lage, mittels gezielter konventioneller Raketenangriffe Panik auf der Insel auszulösen. Probleme beim Betrieb der russischen U-Boote<sup>91</sup> dürften in ein paar Jahren überwunden sein, und die Siebte US-Flotte wäre in einer kommenden Taiwan-Krise ungleich größeren Gefahren ausgesetzt als noch 1996.

Gleichwohl bleiben die USA der VBA überlegen, und eine amerikanische Administration würde es sich innenpolitisch nicht leisten können, das kleine, demokratische Taiwan einem großen, autoritären Aggressor zu opfern. Mit Aufgabe der Politik der »strategischen Ambiguität« und Forcierung der militärischen Zusammenarbeit mit Taipei hat die Bush-Administration unter anderem diesem Umstand Rechnung getragen.<sup>92</sup> In Taiwan selbst erklärten sich über 75 Prozent aller Befragten im Juli 2002 bereit, die Insel gegen einen chinesischen Überraschungsangriff zu verteidigen.<sup>93</sup>

<sup>86</sup> Vgl. International Herald Tribune, 8.3.2002, S. 3.

<sup>87</sup> Vgl. FEER, 29.8.2002, S. 16–18. Taiwan beabsichtigt, indonesisches Flüssiggas zu kaufen.

<sup>88</sup> Nichtsdestotrotz gibt es solche Experimente. So trafen im Juli 2002 taiwanesisch Parlamentarier und pensionierte Generäle erstmals in Peking zu sicherheitspolitischen Gesprächen mit hochrangigen VBA-Offizieren zusammen. Vgl. Agence France-Presse, 17.7.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 17.7.2002.

<sup>89</sup> Vgl. Annual Report on the Military Power of the People's Republic of China [wie Fn. 65].

<sup>90</sup> Vgl. Sean Boyne, Taiwan's Troubles, in: Jane's Intelligence Review, 10 (September 1998) 9, S. 25–33 (28).

<sup>91</sup> Vgl. The Military Balance 2001–2002 [wie Fn. 66], S. 172f.

<sup>92</sup> Zu den weiteren Motiven zählen vermutlich die Vision einer kommenden Rivalität mit Peking und Interessen des militärisch-industriellen Komplexes der USA.

<sup>93</sup> Vgl. Taiwan News, 14.7.2002, zitiert in: Taiwan Security

Und vielleicht am wichtigsten: Eine gewaltsam herbeigeführte Vereinigung würde Pekings Verhältnis zu Taipei und zur Welt sehr viel schwerer belasten, als es das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens von 1989 getan hatte.

Taiwans Streitkräfte sollen bis 2005 von ca. 370 000 auf 250 000 Mann reduziert werden und den quantitativen Vorsprung des Festlands durch besseres Material<sup>94</sup> und eine verbesserte Ausbildung ausgleichen. Zu den Schwerpunkten der laufenden Modernisierungsbemühungen zählen Raketenabwehr<sup>95</sup> und die Verbesserung der Kommando- und Kommunikationsstrukturen. Kapazitäten zur Informationskriegführung sind im Aufbau; ein eigener Marschflugkörper wird entwickelt. Der Anteil des Militärhaushalts am Staatshaushalt ist in den letzten zehn Jahren vor dem Hintergrund steigender Sozialausgaben ständig zurückgegangen.<sup>96</sup> Sein Gesamtvolumen beträgt heute 8,39 Mrd. US-Dollar und soll 2003 auf 7,58 Mrd. US-Dollar sinken, wovon die Hälfte auf Personalkosten entfällt.<sup>97</sup>

Research (<http://taiwansecurity.org/TSR-Arms.htm>).

**94** Das taiwanesisches Militär will in den kommenden 10 Jahren ca. 18 Mrd. US-Dollar für Rüstungsimporte und Eigenentwicklungen ausgeben. Hiervon sollen etwa 50% auf die Marine, 30% auf das Heer und 20% auf die Luftwaffe entfallen. Vgl. The Taipei Times, 20.8.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 20.8.2002.

**95** Taiwan verfügt derzeit nur über 200 PAC-II Patriot-Abwehrraketen, die rings um Taipei disloziert sind und keinen umfassenden Schutz gegen Raketenangriffe bieten. Zwei moderne PAC-III-Batterien sollen frühestens 2003 in Taichung und Pingtung stationiert werden. Die Eigenentwicklung Tien Kung-II wurde erfolgreich getestet und auf den dem Festland vorgelagerten Inseln disloziert. Vgl. Cheng-yi Lin, Taiwan's New Defence Posture in a New Era, in: Asian Defence Journal (Kuala Lumpur), (Juni 2002) 6, S. 4-5/12; vgl. Agence France-Presse, 23.7.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 23.7.2002.

**96** Dieser Anteil ging zwischen 1992 und 2002 von 27,7% auf 16,5% zurück. Vgl. The Republic of China Yearbook – Taiwan 2002, Taipei: Government Information Office, 2002 (<http://www.gio.gov.tw/taiwan-website/5-gp/yearbook/chpt08.htm>).

**97** Vgl. The Taipei Times, 4.9.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 4.9.2002.

# Japan

Wenn Chinas Zukunft wichtigster Faktor bei der Bestimmung der regionalen Zukunft ist, so entscheidet Japans Reaktion auf chinesische Entwicklungen über die Ausgestaltung der künftigen Ordnung in Nordostasien. Solange es keine ernsthaften Ansätze zur Multilateralisierung regionaler Sicherheit gibt, hat Tokyo grundsätzlich nur die Wahl zwischen einem weitgehenden Arrangement mit der Volksrepublik oder einer Fortsetzung seiner Allianz mit den USA. Beide Partner drängen zunehmend auf eine klare Parteinahme. Für Dreiecksszenarien mangelt es allen Beteiligten schon aus innenpolitischen Gründen an der nötigen Flexibilität.

Gleichzeitig läßt der Zustand der japanischen Politik mittelfristig keinen dramatischen Kurswechsel in der außenpolitischen Orientierung erwarten. Weder der anhaltende Kalte Krieg auf der koreanischen Halbinsel noch eine Wiedervereinigung Koreas dürften mehrheitsfähige Forderungen nach einem Rückzug amerikanischer Truppen aus Japan zur Folge haben.

Allerdings wächst auch in Tokyo die Versuchung, innenpolitische Probleme zumindest rhetorisch nach außen zu projizieren, was zu widersprüchlichen Formeln und Initiativen führt. Das Ergebnis könnte eine schwer vorhersehbare Kombination aus Vorpreschen und Rückziehen sein.

## Innere Entwicklung

*Einwohner:* 126,9 Millionen  
*Ethnische Zusammensetzung:* 99% Japaner; 1% Ausländer, darunter Koreaner, Chinesen und Brasilianer  
*BIP 2001:* 4,1 Billionen US-Dollar  
*Wachstum 2000–2001:* –0,5%  
*BIP pro Kopf 2001:* 32 705 US-Dollar  
*Verteidigungsbudget 2001:* 40,4 Mrd. US-Dollar  
*Mannstärke aktiver Truppen:* 239 800  
*Staatsoberhaupt:* Kaiser Akihito (seit 1989)  
*Regierungschef:* Junichiro Koizumi (seit 2001)

Junichiro Koizumi war im April 2001 mit einer politischen und ökonomischen Reformagenda und

einer 90prozentigen Popularitätsrate als neuer japanischer Regierungschef angetreten. Er hatte seine Minister ohne vorherige Konsultation der mächtigsten Politiker der Liberaldemokratischen Partei (LDP) ausgewählt und die Macht der Beamten und konservativen Politiker durch die Einrichtung eines Rats für Wirtschafts- und Steuerpolitik beschnitten, dem neben Kabinettsmitgliedern unabhängige Experten angehörten. Ein Jahr später war das Reformer-Image größtenteils verspielt, hatte sich die Zustimmungsrate halbiert. Trotz 1,4prozentigem Wachstum im ersten Quartal 2002 blieb es bei deflationären Tendenzen und ungelösten Strukturproblemen.<sup>98</sup> Dazu gehören die nichtrückholbaren Kredite japanischer Banken, deren Anteil an der Gesamtsumme aller Kredite auf bis zu 39 Prozent geschätzt wird.<sup>99</sup> Eine staatliche Refinanzierungsgesellschaft hat bisher nur einen verschwindend kleinen Teil dieser Anleihen übernommen und weiterverkauft. 2001 mußten 14 börsennotierte Unternehmen Insolvenz anmelden, und die Arbeitslosigkeit beträgt nach wie vor mehr als 5 Prozent. Der Anteil der Staatsverschuldung am BIP nähert sich 140 Prozent. Von 163 Staatsbetrieben wurden bisher nur 17 privatisiert. Hier und im Bereich der – von Koizumi zurückgefahrenen – öffentlichen Bauten und der Landwirtschaft finden sich die Grundlagen der fast 50jährigen Herrschaft der LDP, deren einflußreichste Politiker weiterreichende Reformen bisher erfolgreich blockieren.

Reformer-Image und Beliebtheit des Premierministers erlitten erste Rückschläge, als er im Februar 2002 seine populäre Außenministerin Makiko Tanaka entließ, die sich in einem Richtlinienstreit mit der eigenen, teils korrupten Ministerialbürokratie verschlissen hatte. Es kam zu einem Kursverfall an den Aktienmärkten, und Tanakas Nachfolgerin Yoriko Kawaguchi fand sich schnell mit denselben Problemen

<sup>98</sup> Verantwortlich für diese Probleme sind neben dem Platzen der Spekulationsblase Ende der achtziger Jahre das Schrumpfen des Sekundärsektors und das Altern der Bevölkerung. Vgl. Kazuo Sato, From Fast to Last: The Japanese Economy in the 1990s, in: Journal of Asian Economics, 13 (März/April 2002) 2, S. 213–235.

<sup>99</sup> Schätzung der amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs, zitiert in: FEER, 17.1.2002, S. 14–19.



konfrontiert.<sup>100</sup> Koizumi verzichtete darauf, zwei der Korruption überführte LDP-Politiker zur Aufgabe ihrer Parlamentssitze zu bewegen, darunter sein Verbündeter Koichi Kato, der sein Mandat schließlich freiwillig niederlegte.

Im Juli 2002 scheiterte die Opposition mit einem Mißtrauensantrag gegen den Premierminister. Der Antrag wurde mit dem zunehmend schleichenden Tempo der Wirtschaftsreformen begründet. Zwar hatte der Regierungschef kurz zuvor sechs Ressortchefs angewiesen, Pläne für weitere Einsparungen bei öffentlichen Bauaufträgen, landwirtschaftlichen Subventionen und auf anderen Gebieten vorzulegen. Auch war die Rede davon, mit Hilfe der eingesparten Mittel Steuersenkungen zu finanzieren.<sup>101</sup> In der Praxis scheint Koizumi aber vor den etablierten Strukturen kapituliert zu haben. Ein Prüfstein wird in diesem Kontext die für 2003 in Aussicht gestellte Privatisierung der Postdienste sein, einer weiteren traditionellen Machtbasis der LDP.<sup>102</sup>

## Außenbeziehungen

### USA

Bereits vor den terroristischen Angriffen auf New York und Washington hatte die Bush-Administration beschlossen, Japan – implizit auf Kosten der Volksrepublik China – zum »Eckstein« ihrer Asien-Pazifik-Politik zu befördern.<sup>103</sup> Hatte Tokyo auf die ersten und wenig präzisen Erklärungen der USA noch zurückhaltend reagiert, so wurde die Zusammenarbeit im Rahmen der »internationalen Koalition« überraschend zügig konkretisiert (s.u.). Bei seinem Japan-Besuch im Februar 2002 erklärte Bush, Tokyo werde in einem kommenden »pazifischen Jahrhundert« eine »unersetzliche« Rolle spielen.<sup>104</sup> Gleichzeitig drängten Mitglieder seiner Delegation die japanische Seite, ihre Wirtschaftsprobleme entschiedener zu bekämpfen.<sup>105</sup>

<sup>100</sup> Vgl. The Japan Times, 17.7.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 18.7.2002.

<sup>101</sup> Vgl. Agence France-Presse, 19.7.2002, zitiert ebd., 19.7.2002.

<sup>102</sup> Eine Teilprivatisierung wurde 2002 beschlossen.

<sup>103</sup> So Außenminister Colin Powell, zitiert vom Office of International Information Programme, Washington, 10.9.2001.

<sup>104</sup> Vgl. Associated Press, 18.2.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 19.2.2002.

<sup>105</sup> Vgl. FEER, 28.2.2002, S. 18f.

Sollten diesbezügliche Erfolge auch künftig ausbleiben, dürfte es in Washington erneut zu einer Debatte über die strategische Zusammenarbeit mit dem Kaiserreich kommen.

Tokyo selbst wird auf absehbare Zeit kein Interesse daran haben, die Allianz mit den USA aufzukündigen, die für viele – wenngleich nicht alle – seiner Nachbarn weiterhin eine Rückversicherung gegen japanischen Unilateralismus darstellt. Inwiefern es unterhalb dieses Schutzschirms zu einer Normalisierung der eigenen Außen- und Sicherheitspolitik kommt, inklusive eines schärferen militärischen Profils, hängt nicht zuletzt von der Reformierbarkeit der japanischen Institutionen ab.

### China

Japan bleibt Chinas wichtigster und China bleibt Japans zweitwichtigster Handelspartner. Dennoch spricht das große Gefälle zwischen den japanischen und chinesischen Löhnen und Produktionskosten – insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, aber auch in einigen industriellen Sektoren – für ein wachsendes Risiko eskalationsfähiger Handelskonflikte. So hatte die Volksrepublik Anfang 2001 den Import japanischer Kraftfahrzeuge, Mobiltelefone und Klimaanlage mit 100prozentigen Zöllen belegt, nachdem Tokyo die Einfuhr chinesischer Pilze und anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse eingeschränkt hatte. Der Disput wurde im Dezember durch die Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses für den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten beigelegt, aber das Konfliktrisiko wächst in dem Maße weiter, in dem Chinas industrielle Fertigung ein höheres technologisches Niveau erreicht.

Während die wirtschaftlichen Irritationen jüngeren Datums sind, verfolgt die chinesische Führung Japans militärische und sicherheitspolitische Ambitionen schon seit Ende des Kalten Krieges mit Mißtrauen. Peking ist nicht nur bei dem Versuch gescheitert, den Nachbarn aus der politischen Umarmung der USA herauszulösen. Die Volksrepublik hat auch das Vertrauen in die Fähigkeit der amerikanisch-japanischen Allianz verloren, Tokyo an militärischen Eigenmächtigkeiten zu hindern. Japan seinerseits begründet den seit 1992 steigenden Verteidigungshaushalt mit einer wachsenden chinesischen Bedrohung<sup>106</sup> und hat vor diesem

<sup>106</sup> Vgl. Defence of Japan, Tokyo: Japan Defence Agency, 1992, S. 47–50.

Hintergrund 2001 seine Entwicklungshilfe für die Volksrepublik gekürzt.

Die Regierung Koizumi hat es China leicht gemacht, seine antijapanische Polemik auf vertrautem Niveau fortzuführen. Auf einen monatelangen Streit um revisionistische japanische Schulbücher waren 2001 der Handelsdisput und Koizumis erste Visite im Yasukuni-Schrein gefolgt, wo unter anderem japanische Kriegsverbrecher beigesetzt sind.<sup>107</sup> Gleichwohl blieb China während eines Besuchs des japanischen Regierungschefs am 8. Oktober keine andere Wahl, als Japans Teilnahme am Krieg gegen Afghanistan hinzunehmen. Trotzdem empfahl Jiang Zemin Koizumi, sich an das »Mißtrauen der asiatischen Staaten zu erinnern.«<sup>108</sup> Der Ministerpräsident formulierte seinerseits eine »Entschuldigung von ganzem Herzen und Beileid« über Japans Angriffskrieg in den dreißiger Jahren.<sup>109</sup>

Im Mai 2002 kam es zu einer wochenlangen Kontroverse, weil chinesische Polizisten in das japanische Konsulat in Shenyang eingedrungen waren und drei nordkoreanische Flüchtlinge gewaltsam aus der Auslandsvertretung entfernt hatten.<sup>110</sup> Koizumi nahm an den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen in Peking im September 2002 nicht teil.

## Rußland

Die japanisch-russischen Beziehungen bleiben wegen der ungelösten Frage der Rückgabe von vier durch Rußland besetzten Inseln der südlichen Kurilen-Gruppe belastet. Moskau ist seit 1998 wiederholt auf ein Angebot Chruschtschows aus dem Jahr 1956 zurückgekommen, zunächst zwei Inseln zurückzugeben, scheiterte damit aber an den innenpolitischen Rücksichtnahmen von drei aufeinanderfolgenden japanischen Premierministern. Tokyo verlangt weiterhin die zeitgleiche Rückgabe aller vier Inseln und hat sich bisher nicht festgelegt, inwiefern dieser Akt Bestandteil eines künftigen Friedensvertrages mit

**107** Koizumi stattete dem Schrein im April 2002 unter chinesischem und koreanischem Protest einen weiteren Besuch ab.

**108** Vgl. The China Daily, 7.11.2001, S. 12.

**109** Vgl. FEER, 18.10.2001, S. 15.

**110** Im August 2002 prüfte die japanische Regierung die Möglichkeit, Anträge nordkoreanischer Flüchtlinge auf politisches Asyl bereits in ihren Auslandsvertretungen entgegenzunehmen. Vgl. Chungang Ilbo, 6.8.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 6.8.2002.

Rußland sein sollte. Es ist nicht zu erwarten, daß Junichiro Koizumi in dieser Frage Kompromißbereitschaft zeigt.<sup>111</sup>

Darüber hinaus gibt es andere Irritationen. So sagte Koizumi auf dem G-8-Gipfel von Kananaskis im Juni 2002 nur 200 Millionen US-Dollar für die Vernichtung ausgemusterter russischer Atomwaffen zu, wobei die Hälfte der Summe an eine noch zu gründende internationale Organisation für die Verwaltung überschüssigen Plutoniums gehen soll. Der Premierminister verwies in diesem Zusammenhang auf schlechte Erfahrungen mit einem japanisch-russischen Abrüstungsprojekt aus dem Jahr 1993.<sup>112</sup>

Unter solchen Bedingungen ist mit einer Intensivierung der Zusammenarbeit, etwa bei der gemeinsamen Ausbeutung sibirischer Rohstoffe, kurzfristig nicht zu rechnen. Weder Putins Spagat zwischen Peking und Washington noch Koizumis latenter Nationalismus sprechen für ein japanisch-russisches Verhältnis, das das Attribut »strategisch« verdient. Ein Rußland-Besuch des Premierministers ist für den Januar 2003 geplant.

## Verteidigung

Japans Selbstverteidigungskräfte (Self Defence Forces, SDF) sind die technologisch fortschrittlichste Streitmacht in Ostasien und insofern sämtlichen Nachbarn weit überlegen. Ihre Mission beschränkt sich zwar aufgrund einer Selbstverpflichtung aus den achtziger Jahren auf ein Einsatzgebiet 1000 Meilen südöstlich von Tokyo. Rüstungsprogramme der vergangenen Jahre suggerieren allerdings eine schrittweise Entwicklung von Fähigkeiten zur Machtprojektion.<sup>113</sup> Gleichzeitig soll die Interoperabilität durch Zusammenfassung der drei Teilstreitkräfte unter einem gemeinsamen Kommando verbessert werden.<sup>114</sup>

**111** Koizumi hatte im Mai 2001 in einem Brief an Wladimir Putin zunächst den Abschluß eines Friedensvertrages und dann die Rückgabe aller vier Inseln verlangt. Vgl. Yomiuri Shimbun (Tokyo), 14.5.2001, zitiert ebd., 22.5.2001.

**112** Vgl. Kyodo, 28.6.2002, zitiert ebd., 2.7.2002.

**113** Dazu gehören die Indienstnahme des Kampfbombers F-2, der Erwerb von Luftbetankungssystemen und der Aufbau einer der größten und modernsten U-Bootflotten der Region. Tokyo will 2003 vier militärische Aufklärungssatelliten ins All schießen, um die Abhängigkeit von den USA auf diesem Gebiet zu verringern. Vgl. The Japan Times, 17.8.2002, zitiert ebd., 20.8.2002.

**114** Vgl. The Japan Times, 13.7.2002, zitiert ebd., 18.7.2002.

Das Kaiserreich hatte seine Verteidigung während des Kalten Krieges weitgehend an die USA delegiert und erörtert seitdem einen Ausbau der eigenen sicherheitspolitischen und militärischen Rolle bis hin zu einer – von den USA gewünschten und vom Premierminister Koizumi befürworteten – Revision der »Friedensverfassung« von 1947. In diesem Zusammenhang hat Tokyos Beteiligung an der »antiterroristischen Koalition« als Katalysator gewirkt. Zwischen November 2001 und Juni 2002 wurden drei japanische Zerstörer und zwei Versorgungsschiffe ins Arabische Meer abkommandiert, um die amerikanischen Streitkräfte in Afghanistan mit Nachschublieferungen und anderen Formen nichtkombattanter Hilfe zu unterstützen.<sup>115</sup> Die Regierung ging damit eindeutig über die in den 1997 revidierten Verteidigungsrichtlinien enthaltene Definition »Gebiete im Umfeld von Japan« hinaus und verabschiedete sich faktisch vom Grundsatz der Nichtbeteiligung an Maßnahmen kollektiver Verteidigung.<sup>116</sup> Ende November 2001 ergänzte das japanische Parlament das Selbstverteidigungsgesetz von 1999 um die Bestimmung, daß derartige Einsätze bis zu 20 Tage nach ihrem Beginn genehmigt werden können.

Seither hat das Kabinett drei Gesetzentwürfe angenommen, mit deren Hilfe die Verteidigungsanstrengungen im Falle eines Angriffs auf japanisches Territorium besser koordiniert werden sollen.<sup>117</sup> Ihre Verabschiedung im Parlament hat sich verzögert, weil die

**115** Die wichtigste Aufgabe des japanischen Geschwaders war die Betankung amerikanischer Kriegsschiffe. Die Rechtsgrundlage für die Entsendung lieferte zunächst ein Siebenpunkte-»Verteidigungsplan« mit einer Geltungsdauer von zwei Jahren. Die Verordnung enthält geographische und andere Restriktionen.

**116** So standen die entsandten japanischen Schiffe nach Presseberichten unter dem Kommando der US-Marine. Vgl. The Taipei Times, 20.6.2002, zitiert in: Asia-Pacific Naval Brief, 21.6.2002. Koizumi äußerte sich zunächst verhalten positiv zu einem möglichen amerikanischen Angriff gegen den Irak, und die Regierung prüft, unter welchen Bedingungen sie ihre logistischen Operationen im Arabischen Meer in diesem Fall fortführen kann. Vgl. Kyodo, 13.7.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 18.7.2002. Um über diesbezügliche Entwicklungen möglichst frühzeitig unterrichtet zu werden, wollen die SDF zwei Vertreter zum Zentralen Kommando der amerikanischen Streitkräfte in Tampa, Florida abordnen. Vgl. The Japan Times, 25.7.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 25.7.2002. Im August 2002 forderte Koizumi die USA in dieser Frage allerdings zur Zurückhaltung auf. Vgl. Agence France-Presse, 9.8.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 9.8.2002.

**117** Mit diesen Gesetzen soll unter anderem die Handlungsbefugnis des Premierministers ausgeweitet werden.

Regierung hier einen möglichst breiten Konsens anstrebt.

Noch prekärer wäre zum jetzigen Zeitpunkt der Versuch einer Verfassungsänderung. Eine solche Initiative würde Zweidrittelmehrheiten in beiden Kammern des Parlaments sowie ein Referendum voraussetzen und hätte daher aktuell wenig Aussicht auf Erfolg. Dennoch scheint die Regierung bestrebt, diese Debatte am Leben zu halten. So könnte das laute Nachdenken von Kabinetts-Chefsekretär Yasuo Fukuda über ein mögliches künftiges Abweichen von den »drei nuklearen Grundsätzen« von 1967 (kein Besitz, keine Produktion, keine Stationierung von Atomwaffen auf japanischem Boden) im Mai 2002 ein Testballon gewesen sein.<sup>118</sup> China und Nordkorea hatten mit Empörung reagiert.

**118** Die »drei Grundsätze« sind nicht Teil der Verfassung, aber Fukuda hatte einen grundsätzlichen Zusammenhang mit Verfassungsänderungen hergestellt. Vgl. FEER, 4.7.2002, S. 16f.

# Korea

## Innere Entwicklung

Während die Demokratische Volksrepublik (Nord-)Korea (DVRK) auch 2001 keine überzeugenden Anstrengungen zu einer wirtschaftlichen Öffnung des Systems unternahm, hatte die Republik (Süd-)Korea die Nachwehen der ostasiatische Krise von 1997/98 nahezu überwunden. Gleichwohl geriet auch die Administration Kim Dae-chungs in dieselben Turbulenzen, mit denen die junge Demokratie bisher regelmäßig konfrontiert war, wenn das Ende der Amtszeit eines Präsidenten nahte. Daran waren auch, aber nicht nur die Gesprächspartner jenseits des 38. Breitengrads schuld.

## Nordkorea

*Einwohner:* 23,855 Millionen (1997)  
*Ethnische Zusammensetzung:* Koreaner  
*BIP 2001:* 13,4 Mrd. US-Dollar (Schätzwert)  
*Wachstum 2000–2001:* 3,7% (Schätzwert)  
*BIP pro Kopf 2001:* 706 US-Dollar (Schätzwert)  
*Verteidigungsbudget 2001:* 1,3 Mrd. US-Dollar (Schätzwert)  
*Mannstärke aktiver Truppen:* 1 082 000 (Schätzwert)  
*Staatsoberhaupt:* Kim Yong-nam (nominell, seit 1994)  
*Regierungschef:* Hong Song-nam (seit 1998)

Nordkoreas Wirtschaft ist in den neunziger Jahren um ein Drittel geschrumpft. Sie produziert heute nur noch ein Dreizehntel des BIP Südkoreas. Wenn sich die Gesamtlage 2001 geringfügig verbesserte, so vornehmlich aufgrund einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität, die ihrerseits auf verstärkte ausländische Lieferungen von Düngemitteln und bessere klimatische Bedingungen zurückzuführen war. Ungeachtet dessen dürften auch 2002 ca. 2,3 Millionen Tonnen Getreide zur Sicherstellung einer ausreichenden Ernährung der Bevölkerung fehlen.<sup>119</sup> Nur ca.

6 Millionen von 22 Millionen Nordkoreanern kommen in den Genuß ausländischer Lebensmittelhilfen.<sup>120</sup>

Seit Juli 2002 wird erneut über eine Öffnung der bankrotten Planwirtschaft spekuliert. Anscheinend wurde das alte System der Zuteilung von Lebensmitteln, Kleidung, Brennstoffen und Wohnraum partiell durch ein Experiment mit Barzahlung zu Marktpreisen abgelöst,<sup>121</sup> was über 50prozentige Preiserhöhungen zur Folge hatte. Staatsbetriebe wurden angeblich angewiesen, fortan ohne Subventionen auszukommen. Arbeiter sollen leistungsabhängig um bis zu zehnmal höhere Löhne erhalten, die Gehälter von Beamten und Soldaten wurden noch deutlicher angehoben.<sup>122</sup> Ein geduldeter, inoffizieller Privatsektor erwirtschaftet auf Bauernmärkten mittlerweile 3,6 Prozent des BIP.<sup>123</sup> Die Mehrzahl der Beobachter war sich allerdings einig, daß die erwähnten Maßnahmen Pyöngyangs Unfähigkeit zur weiteren Finanzierung des bisherigen Systems reflektieren, eine Wiederbelebung der Wirtschaft mittels ausländischer Investitionen aber weiterhin an den politischen Rahmenbedingungen scheitert.<sup>124</sup> Die ebenfalls eingeleitete Anpassung des Won an den Schwarzmarktkurs<sup>125</sup> ist zwar im Sinne ausländischer Investoren, könnte die Probleme des Landes jedoch gleichzeitig

<sup>120</sup> Vgl. FEER, 14.2.2002, S. 15. Mangels ausreichender Spenden mußte das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (World Food Programme, WFP) im Juni 2002 Lebensmittellieferungen an 675 000 Schüler und 350 000 Senioren aussetzen.

<sup>121</sup> Laut chinesischen Quellen soll dieses Experiment zunächst etwa sechs Monate dauern. Vgl. Chungang Ilbo, 30.7.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 30.7.2002.

<sup>122</sup> Vgl. Reuters, 19.7.2002, zitiert ebd., 19.7.2002; Chungang Ilbo (Seoul), 23.7.2002, zitiert ebd., 23.7.2002; The Korea Herald, 23.7.2002, zitiert ebd.; Neue Zürcher Zeitung, 20.7.2002, S. 11.

<sup>123</sup> Vgl. The Financial Times, 22.7.2002, S. 12. Nordkorea soll im Juli 2002 ein Pilotprogramm zur Reform der kollektiven Landwirtschaft initiiert haben. Vgl. The Korea Herald, 22.8.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 22.8.2002.

<sup>124</sup> Vgl. The Financial Times, 22.7.2002, S. 12.

<sup>125</sup> Anfang August soll der amtliche Wechselkurs des Won von 46 US-Cent auf nur noch 0,75 US-Cent gesenkt worden sein. Vgl. Associated Press, 10.8.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 10.8.2002.

<sup>119</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 12.6.2002, S. 10.

über inflationäre Tendenzen und ein wachsendes Einkommensgefälle auf die Konsumenten abwälzen.

Die wesentliche Stütze des »Einmannregimes« Kim Chung-il bleiben die Streitkräfte. Kim hat seit dem Tod seines Vaters Kim Il-sung 1994 zunehmend eigene Anhänger in militärische Führungspositionen befördert. Diese hätten von einer wirtschaftlichen Öffnung des Systems den Verlust materieller und ideeller Privilegien zu befürchten und stehen unter anderem deshalb der südkoreanischen Entspannungspolitik skeptisch gegenüber.

Kim Chung-ils ideologische Legitimation besteht weiterhin im Autarkie-Konzept Kim Il-sungs, auch wenn die Realität der DVRK damit 2002 noch weniger beschreibbar ist, als dies schon in den achtziger Jahren der Fall war. Hoffnungen, daß Kim Chung-il selbst im Herzen ein Technokrat sein könnte, haben sich bisher nicht bewahrheitet. Im Gegenteil, 2001 gelangten zwei Dokumente an die Öffentlichkeit, in denen der »Geliebte Führer« kurz vor dem Höhepunkt der innerkoreanischen Entspannungspolitik sowohl Washington als auch Seoul anhaltende aggressive und subversive Absichten bescheinigt hatte.<sup>126</sup> Nordkoreas seitherige – weitgehend kosmetische – Zugeständnisse an den Süden oder die USA dienten der Aufrechterhaltung des Status quo und endeten regelmäßig, wenn dieser aus eigener Sicht gefährdet erschien. Eines der beiden Dokumente erwähnt allerdings »einige schlechte Männer« im eigenen Lager, die in »dummen Phantasien vom Kapitalismus reden.« Diese gelte es aufzuspüren und zu vernichten.<sup>127</sup> Es ist somit nicht auszuschließen, daß das derzeitige Experiment mit Marktpreisen eine gewisse Eigendynamik entwickelt, wobei die Rahmenbedingungen in Kims DVRK sehr viel ungünstiger sind als seinerzeit in Deng Xiaopings Volksrepublik China.<sup>128</sup>

<sup>126</sup> Vgl. FEER, 2.5.2002, S. 12–16.

<sup>127</sup> Ebd.

<sup>128</sup> Verglichen mit China verfügt Nordkorea nur über wenig Rohstoffe und einen kleinen Binnenmarkt. Die Wirtschaft wird von der Schwerindustrie dominiert, und nur ca. 20% der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft, von der in China die ersten Wachstumsimpulse ausgingen. Die wichtigsten ausländischen Investoren kommen fast ausschließlich aus Südkorea. Investitionen sind in der Regel Verlustgeschäfte und werden durch Engpässe bei Energie und Infrastruktur erheblich erschwert.

## Südkorea

<p>Einwohner: 46,9 Millionen          Ethnische Zusammensetzung: Koreaner          BIP 2001: 422,7 Mrd. US-Dollar          Wachstum 2000–2001: 3,3%          BIP pro Kopf 2001: 8 866 US-Dollar          Verteidigungsbudget 2001: 11,8 Mrd. US-Dollar          Mannstärke aktiver Truppen: 683 000          Staatsoberhaupt: Kim Dae-chung (seit 1998)          Regierungschef: Kim Suk-soo (nominiert)</p>
--

Südkorea kann als einziger der ostasiatischen Krisenstaaten von sich behaupten, die richtigen strukturellen Schlußfolgerungen aus dem finanziellen Kollaps von 1997/98 gezogen zu haben. Dank eines deutlichen Anziehens der Binnennachfrage blieb das Land von der regionalen Rezession des Jahres 2001 verschont und rechnet für 2002 mit 4 Prozent Wachstum.<sup>129</sup> Während insbesondere die Banken- und Unternehmenssektoren zumeist erfolgreich umgebaut wurden, gibt es noch Defizite bei der Privatisierung von Staatsbetrieben und der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts.<sup>130</sup> Hier sperren sich starke Gewerkschaften gegen Strukturwandel, und keine der großen Parteien möchte im Wahlkampf einen Sozialkonflikt riskieren.

Sind schon in dieser Hinsicht vor den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2002 keine neuen Impulse mehr zu erwarten, kommt noch hinzu, daß Kim Dae-chungs Millennium Democratic Party (MDP) ihre Parlamentsmehrheit bei Nachwahlen im Oktober 2001 verloren hat und von mehreren Korruptionsskandalen erschüttert wurde. (Unter anderem wurden Ermittlungen gegen zwei Söhne des Präsidenten eingeleitet. Kim legte den Parteivorsitz im November 2001 nieder und trat im Mai 2002 aus der MDP aus.) Außerdem wird befürchtet, daß die oppositionelle Grand National Party (GNP) nach einem Wahlsieg versuchen könnte, zum Vorkrisen-System zurückzukehren, in dem gewaltige Mischkonzerne mit politischer Rückendeckung vielfach inprofitable Investitionen tätigten.<sup>131</sup> Südkoreas große Parteien sind wenig mehr als hierarchisch strukturierte Wahlvereine mit starken regionalen Wurzeln und vermut-

<sup>129</sup> Vgl. FEER, 21.3.2002, S. 50.

<sup>130</sup> Vgl. The Financial Times, 6.3.2002, S. 4.

<sup>131</sup> Ebd.

lich unfähig, die traditionelle Verflechtung von Politik und Wirtschaft aus eigener Kraft zu überwinden.<sup>132</sup>

Während Kim selbst nicht wieder antreten kann, wurde der MDP-Kandidat Roh Moo-hyun von den Korruptionsaffären in Mitleidenschaft gezogen. Gleichzeitig sah sich der GNP-Bewerber Lee Hoi-chang nach einem überwältigenden Sieg seiner Partei bei den Lokalwahlen im Juni 2002 im Aufwind. Einen Monat später sollte Roh unerwartete Schützenhilfe aus Pyöngyang erhalten (s.u.).

## Außenbeziehungen

### Nord-Süd-Beziehungen/USA

Anfang 2002 machten Nord- und Südkorea einen neuen Anlauf in ihrem Dialog, der von Pyöngyang ausgesetzt worden war, seit die Bush-Administration versucht hatte, die eigenen Kontakte zur DVRK strikter zu konditionieren. Kim Dae-chungs »Sonnenschein-diplomatie« war zu dieser Zeit innenpolitisch unter Beschuß geraten, weil sie in den Augen signifikanter Bevölkerungsteile zu einem unausgewogenen Verhältnis von Leistungen und Gegenleistungen geführt hatte.<sup>133</sup> Der Präsident hoffte allerdings, mit Hilfe dieser Entspannungspolitik in die Geschichte einzugehen, und war bemüht, die kritische Berichterstattung über Nordkorea im eigenen Land einzudämmen.

Im April 2002 entsandte Kim Dae-chung einen Sonderbotschafter nach Pyöngyang, dem Kim Chung-il persönlich versprach, ausgesetzte Arbeiten an Eisenbahn- und Straßenverbindungen durch die Entmilitarisierte Zone wieder aufzunehmen und eine vierte Begegnung von durch den Koreakrieg getrennten Familien zu ermöglichen,<sup>134</sup> die noch im April realisiert wurde. Die Einlösung der übrigen Versprechen wurde wenig später wieder in Frage gestellt. Am 29. Juni 2002 kam es südlich der sogenannten Nördlichen Grenzlinie (Northern Limit Line, NLL) im Gelben Meer zu einem 20minütigen Gefecht zwischen Kriegsschiffen beider Koreas, das mindestens 34 Todes-

opfer forderte, davon 30 auf nordkoreanischer Seite.<sup>135</sup> Ein südkoreanisches Patrouillenboot wurde versenkt. Pyöngyang hat die im August 1953 von den Alliierten einseitig festgelegte Demarkationslinie niemals anerkannt, sie aber zwischen 1991 und 1996 respektiert (das betreffende Seegebiet ist reich an seltenen Meerestieren).

Der Zusammenstoß, der vermutlich von der erfolgreichen Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft durch Südkorea ablenken sollte und möglicherweise von einem einzelnen nordkoreanischen Kommandanten provoziert worden war,<sup>136</sup> hatte weitreichende Folgen, darunter Nordkoreas Absage von Nord-Süd-Wirtschaftsgesprächen, Südkoreas Vertagung weiterer Lebensmittelhilfen und eines Mobiltelefon-Projekts<sup>137</sup> sowie eine Kabinettsumbildung in Seoul. Das südkoreanische Militär geht davon aus, daß Kim Chung-il seither persönlich die Anweisung gegeben hat, die Marinepräsenz im Gelben Meer zu verstärken.<sup>138</sup>

Insofern überraschte es, als Pyöngyang eine Woche nach dem Gefecht den USA als Inhaber des »Oberkommandos über die südkoreanischen Streitkräfte« die Verantwortung zuschrieb<sup>139</sup> und Ende Juli 2002 gegenüber Seoul sein Bedauern über den Zwischenfall ausdrückte. Im gleichen Zusammenhang wurde eine neue Runde im Nord-Süd-Dialog angeboten<sup>140</sup> und wenig später die »bedingungslose« Wiederaufnahme der Kontakte zu den USA. Da die DVRK die inhaltlichen Festlegungen der Bush-Administration für einen solchen Dialog (s.u.) jedoch als Vorbedingung interpretiert, kann nicht ausgeschlossen werden, daß Nordkorea

<sup>135</sup> Ebd., 11.7.2002, S. 12.

<sup>136</sup> Vgl. Philip Bowring, North Korea: A Problem for China to Solve, in: International Herald Tribune, 11.7.2002, S. 6; ebd., 2.7.2002, S. 9.

<sup>137</sup> Dieses Projekt war in Washington aus sicherheitspolitischen Gründen auf Widerstand gestoßen. Vgl. Chungang Ilbo, 18.7.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 18.7.2002.

<sup>138</sup> Vgl. International Herald Tribune, 11.7.2002, S. 7.

<sup>139</sup> Vgl. Renmin Ribao, 3.7.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 8.7.2002.

<sup>140</sup> Vgl. Reuters, 25.7.2002, zitiert in: Cable News Network, 25.7.2002 (<http://asia.cnn.com/2002/WORLD/asiapcf/east/07/25/koreas.regret.reut/index.html>); International Herald Tribune, 30.7.2002, S. 4. Im August 2002 wurden die innerkoreanischen Kontakte wieder aufgenommen. Im Rahmen von wirtschaftspolitischen Gesprächen bot Pyöngyang an, Straßen- und Bahnverbindungen durch die Entmilitarisierte Zone noch 2002 wiederherzustellen, vorausgesetzt, Südkorea liefere weiterhin Reis und Düngemittel. Vgl. Associated Press, 30.8.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 30.8.2002. Arbeiten an der Bahnverbindung begannen im September.

<sup>132</sup> Nichtsdestotrotz gibt es Reformversuche. So ermittelte die MDP ihren Präsidentschaftskandidaten im April 2002 erstmals nach dem Vorbild amerikanischer »primaries«.

<sup>133</sup> Dennoch bekannte sich eine Mehrheit der befragten südkoreanischen Bürger im Juni 2002 zu einer Fortsetzung der humanitären Hilfen an Nordkorea. Vgl. Chungang Ilbo, 17.6.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 19.6.2002.

<sup>134</sup> Vgl. FEER, 18.4.2002, S. 13.

hier erneut versucht, einen Keil zwischen den Süden und seinen Verbündeten zu treiben (s.u.).

Washington hat die Koreafrage bereits in der Vergangenheit vornehmlich als Proliferationsproblem verstanden. Daher verwundert es nicht, daß Präsident Bush mit einer Politik der »wohlmeinenden Vernachlässigung« reagierte, als auf diesem Gebiet keine verifizierbaren Fortschritte zu verzeichnen waren. Proliferation war dann auch ein Motiv dafür, daß Bush im Januar 2002 Pyöngyang als Teil der »Achse des Bösen« bezeichnete.<sup>141</sup> In den Folgemonaten erhöhten die USA den Druck auf die DVRK, Inspektionen von Anlagen zuzulassen, in denen vor oder nach dem Oktober 1994 Plutonium aufbereitet worden sein könnte.

Im Oktober 1994 hatte sich Nordkorea vertraglich auf einen Abbau seiner Plutoniumwirtschaft und die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags verpflichtet. Washington hatte seinerseits zugesagt, ein internationales Konsortium zu gründen, das in der DVRK zwei Leichtwasserreaktoren bauen sollte, in denen weniger waffenfähiges Material anfällt. Bis zur Übergabe der Reaktoren würden die USA jährlich 500 000 Tonnen schweres Heizöl liefern. Vor Auslieferung der Reaktorkerne sollte Pyöngyang den erwähnten Nachweis mit Hilfe von Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) erbringen. Mit fortschreitender Implementierung würden die USA ihre Beziehungen zu Nordkorea schrittweise normalisieren. Ein ähnliches, allerdings nicht aus dem damaligen Abkommen resultierendes Junktim besteht zwischen der Qualität der amerikanisch-nordkoreanischen Beziehungen und einer mündlichen Zusage der DVRK vom September 1999, für drei Jahre auf den Test von Langstreckenraketen zu verzichten.<sup>142</sup>

Die Umsetzung des sogenannten Rahmenabkommens von 1994 hat sich erheblich verzögert. Die ursprünglich für 2003 vorgesehene Übergabe der beiden Reaktoren hätte sich um ungefähr sieben Jahre verschoben,<sup>143</sup> woran die USA und Nordkorea etwa zu gleichen Teilen die Schuld trugen. Auf amerikanischer

**141** Kurz nach Bushs Rede erklärte der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister John Bolton, daß Nordkorea über hinreichend Kapazitäten verfüge, um biologische Kampfstoffe herzustellen. Vgl. FEER, 13.12.2001, S. 14–18.

**142** Die Clinton-Administration hatte sich seither um eine dauerhafte Vereinbarung über den Verzicht auf Test und Export ballistischer Raketen bemüht, die Ende 2000 angeblich kurz vor einem Abschluß stand. Vor allem wegen der unvereinbaren Positionen in der Verifikationsfrage hat die Bush-Administration die Verhandlungen nicht fortgesetzt.

**143** Im August 2002 wurde das Fundament des ersten Reaktors an der Ostküste der DVRK gegossen.

Seite hatte Widerstand aus dem Kongreß zu Verzögerungen bei den Heizöllieferungen geführt. Pyöngyang nahm solche und andere Meinungsverschiedenheiten 1998 zum Anlaß, das Einfrieren seines Plutoniumprogramms vorübergehend auszusetzen. Inspektoren der IAEO wurde der Zugang zu verdächtigen Anlagen weiter verweigert.<sup>144</sup>

Wenn die Aufhebung amerikanischer Wirtschaftssanktionen gegen die DVRK bisher nur symbolische Fortschritte gemacht hat, dann vornehmlich deshalb, weil Nordkorea auf einer vom State Department geführten Liste »terrorismusfördernder« Staaten verblieb. Pyöngyang waren zwar diesbezügliche Aktivitäten seit 1987 nicht mehr nachzuweisen, aber die DVRK gewährte vier Flugzeugentführern der japanischen »Roten Armee« und ihren Familien seit 1970 Unterschlupf. Die ersten Mitglieder dieser Gruppe kehrten im September 2002 »freiwillig« nach Japan zurück.

Gedrängt von der Mehrheit der republikanischen Kongreß-Abgeordneten, hatte sich die Bush-Administration schon bald nach ihrer Amtsübernahme für die erwähnte Politik des »benign neglect« entschieden. Jedes weitere Entgegenkommen wurde nunmehr von verifizierbarer und sanktionierbarer Gegenseitigkeit abhängig gemacht. Im Februar 2001 hatte Außenminister Colin Powell Prioritäten für eine Wiederaufnahme des Normalisierungsprozesses formuliert: nukleare Abrüstung, Abschluß eines Raketenabkommens und konventionelle Abrüstung.<sup>145</sup> Wohl bekannte sich Washington grundsätzlich zur Entspannungspolitik des südkoreanischen Präsidenten und hielt an humanitären Hilfen für Nordkorea fest.<sup>146</sup> Im übrigen glaubte man aber, die DVRK als vergleichsweise geringfügiges Ärgernis ignorieren zu können. Wegen dieser amerikanischen Position kam es zunehmend zu Kontroversen mit Kim Dae-chung. Bush versuchte, die daraus entstandenen Spannungen an-

**144** Die Inspektionen werden mindestens drei Jahre beanspruchen. Geht man davon aus, daß die Reaktorkerne im Mai 2005 ausgeliefert werden, müßten jene bereits begonnen haben. Nach nordkoreanischer Interpretation ist die Auslieferung der Reaktorkerne allerdings Voraussetzung für Inspektionen. Das Rahmenabkommen selbst nennt diesbezüglich keine Termine.

**145** Vgl. Reuters, 6.2.2001, zitiert in: Napsnet Daily Report, 6.2.2001.

**146** Im Juni 2002 machte Washington allerdings weitere Lebensmittelhilfen von Fortschritten bei der Überwachung der Verteilung und Erhebungen über den Gesundheitszustand der nordkoreanischen Bevölkerung abhängig. Vgl. FEER, 20.6.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 17.6.2002.

lässlich eines Staatsbesuchs in Südkorea im Februar 2002 zu entschärfen, indem er Pläne für einen Angriff gegen den Norden dementierte. Gleichzeitig bezeichnete er das dortige Regime als »despotisch«.<sup>147</sup>

Einen Monat später sah sich der Präsident außerstande, dem Kongreß zu bestätigen, daß Pyöngyang seine aus dem Rahmenabkommen resultierenden Verpflichtungen erfüllt hatte. Trotzdem befürwortete er aus Gründen der »nationalen Sicherheit« eine Fortsetzung der Lieferung von Heizöl.<sup>148</sup>

Ebenfalls im März 2002 bezeichnete dann das Pentagon Nordkorea zusammen mit sechs anderen Staaten als potentiell Ziel amerikanischer Atomangriffe (Washington hatte 1993 erklärt, die DVRK fortan nicht mehr mit Atomwaffen zu bedrohen).<sup>149</sup> Pyöngyang sprach nunmehr offen von der Möglichkeit einer einseitigen Aufkündigung des Rahmenabkommens und fragte in Moskau an, ob Rußland bereit sei, Ersatzreaktoren zu liefern.<sup>150</sup>

Im April berichtete der Sonderbotschafter des südkoreanischen Präsidenten nach seinen Gesprächen in Nordkorea, Pyöngyang habe den Vorschlag akzeptiert, die im Vorjahr abgebrochenen Kontakte mit Washington wieder aufzunehmen, und Bushs Nordkorea-Beauftragter Jack Pritchard werde die DVRK in naher Zukunft besuchen.<sup>151</sup> Nachdem Pyöngyang auf einen ersten amerikanischen Terminvorschlag nicht reagiert hatte und es im Gelben Meer zu dem Seegefecht zwischen Nord und Süd gekommen war, verschoben die USA die Wiederaufnahme des Dialogs.

Am 31. Juli 2002 kam es am Rande des ASEAN Regional Forums (ARF) in Brunei zu einer kurzen Begegnung zwischen den Außenministern beider Seiten, die sich gegenseitig ihrer grundsätzlichen Gesprächsbereitschaft versicherten.<sup>152</sup> Wenig später erörterten nordkoreanische Offiziere und ameri-

kanische Vertreter des Kommandos der Vereinten Nationen erstmals Möglichkeiten, Zusammenstöße auf See zu vermeiden.

Im Oktober 2002 reiste der amerikanische Korea-Beauftragte James Kelly nach Pyöngyang und konfrontierte die nordkoreanische Seite mit nachrichtendienstlichen Erkenntnissen über die Existenz von Plutonium, das zum Bau von zwei Bomben ausreichte, und über ein nach 1994 aufgelegtes Uranprogramm. Die DVRK bestätigte nun die Vorwürfe, und die USA konstatierten einen Bruch des Rahmenabkommens und eine Verletzung des Atomwaffensperrvertrags.<sup>153</sup> Washington steht damit vor der Wahl: Es kann versuchen, mittels neuer Verhandlungen Zeit zu gewinnen oder zur offenen Konfrontation zurückzukehren. Beide Szenarien werden durch zeitgleiche Verwerfungen in der amerikanischen Irakpolitik kompliziert.

### Japan/China/Rußland

Seit Nordkorea 1998 eine Langstreckenrakete über japanisches Territorium in den nördlichen Pazifik abfeuerte, steht die DVRK im Zentrum der sicherheitspolitischen Aufmerksamkeit *Japans*, das mittlerweile zusammen mit den USA an der Entwicklung eines regionalen Raketenabwehrsystems arbeitet. Das bilaterale Verhältnis zur DVRK blieb belastet. So kam es im Dezember 2001 zu einem Schußwechsel zwischen der japanischen Küstenwache und einem Schiff unbekannter Herkunft, das wenig später im Ostchinesischen Meer sank. Bei den Bergungsarbeiten stellte sich heraus, daß es sich um ein mit Lenkwaffen ausgerüstetes nordkoreanisches Schiff handelte. Japan stellte daraufhin seine Lebensmittellieferungen an die DVRK ein.

Tokyo betrieb die Normalisierung seiner Beziehungen zu Pyöngyang angesichts solcher Provokationen und nordkoreanischen Forderungen nach Reparationszahlungen für die 35jährige Kolonialzeit bis 2002 mit wenig Enthusiasmus.<sup>154</sup>

Die japanische Seite machte ihrerseits Auskünfte über das Schicksal von 11 (bzw., wie sich später herausstellte, 14) japanischen Staatsbürgern, die in den siebziger und achtziger Jahren nach Nordkorea entführt worden waren, zur Vorbedingung für eine

<sup>147</sup> Ebd., 7.3.2002, S. 15f.

<sup>148</sup> Ebd., 4.4.2002, S. 18f.

<sup>149</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 19.3.2002, S. 5.

<sup>150</sup> Vgl. Gazeta (Moskau), 21.3.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 21.3.2002.

<sup>151</sup> Vgl. FEER, 8.4.2002, S. 13. In diesem Zusammenhang kam es im Juni 2002 auf einem Treffen der Trilateralen Gruppe für Koordinierung und Überwachung (Trilateral Coordination and Oversight Group, TCOG; USA, Japan, Südkorea) zu einer Kontroverse zwischen Washington und Seoul, bei der Südkorea verlangte, die USA sollten anstelle von Pritchard den Staatssekretär im Außenministerium, Richard Armitage, entsenden, um die Ernsthaftigkeit ihres Dialoginteresses unter Beweis zu stellen. Vgl. The Korea Times, 24.6.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 25.6.2002.

<sup>152</sup> Vgl. Associated Press, 31.7.2002, zitiert ebd., 31.7.2002.

<sup>153</sup> Vgl. CNN Asia, <http://asia.cnn.com>, 17.10.2002.

<sup>154</sup> Japan hat sich seit dem Seegefecht zwischen den beiden Koreas vom Juni 2002 zu verstärkten bilateralen Konsultationen mit den USA bekannt. Vgl. Associated Press, 8.7.2002, zitiert ebd., 8.7.2002.



Normalisierung. Nordkorea stellte diesbezügliche »Nachforschungen« Anfang 2002 vorübergehend ein, nachdem die japanische Polizei das Hauptquartier einer pro-nordkoreanischen Gruppe in Tokyo durchsucht hatte. Im April kündigte die DVRK Reisegenehmigungen für in Nordkorea verheiratete Japanerinnen an. Tokyo erklärte sich seinerseits bereit, nach Koreanern zu forschen, die während der Kolonialzeit in das Kaiserreich deportiert worden waren.<sup>155</sup>

Auch Tokyo und Pyöngyang vereinbarten am Rande des Bruneier ARF im Juli 2002 die Wiederaufnahme von Regierungsverhandlungen.<sup>156</sup> Eine erste Runde im August blieb ergebnislos. Tokyo nutzte die Gelegenheit, um seinen Vorschlag aus dem Jahr 1998 für die Initiierung von Sechsparteiengesprächen (beide Koreas, USA, Japan, China, Rußland) zu erneuern.<sup>157</sup> Premierminister Koizumi besuchte Nordkorea im September überraschend und brachte eine Entschuldigung Kim Chung-ils für die Entführung der japanischen Staatsbürger mit nach Hause. Kim versprach darüber hinaus, die überlebenden vier Japaner ausreisen zu lassen, das Raketenmoratorium bis Ende 2003 fortzuschreiben und IAEO-Inspektionen grundsätzlich zuzulassen.<sup>158</sup> Der Ministerpräsident wiederholte im Gegenzug die 1995 formulierte Entschuldigung seines Vorgängers Murayama für die Kolonialzeit und stellte für die Zeit nach einer Normalisierung der Beziehungen substantielle Finanzhilfen in Aussicht.<sup>159</sup> Die Normalisierungsverhandlungen wurden im Oktober wieder aufgenommen.

Gleichzeitig waren die japanisch-südkoreanischen Beziehungen nach der Schulbuch- und Schreinkontroverse seit Mitte 2001 angespannt. Ein Besuch des japanischen Premierministers in Seoul wurde trotz einer Erklärung des »Bedauerns« über Tokyos Besatzungspolitik von wütenden Protesten begleitet. Auf der zwischenstaatlichen Ebene konnten ein Fischereikonflikt Anfang 2002 beigelegt und Fortschritte bei

den Verhandlungen über die Gründung einer japanisch-südkoreanischen Freihandelszone erzielt werden.<sup>160</sup> Im August kam es zu neuen Verstimmungen, als Südkorea Pläne bekanntgab, die umstrittene Insel Takeshima (Dokdo) in der Japan-See als Nationalpark auszuweisen.<sup>161</sup> Es gilt abzuwarten, ob die gemeinsame Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft 2002 und Koizumis Nordkoreabesuch zu einer dauerhaften Annäherung führen werden.

Die *Volksrepublik China* bleibt Nordkoreas einziger Bündnispartner und wichtigster strategischer Rückhalt. Dessen ungeachtet ist es in Peking seit der Atomkrise von 1993/94 mehrfach zu Irritationen über die offenkundige Reformunfähigkeit des Regimes in Pyöngyang gekommen. China wünscht sich eine DVRK, die sich wirtschaftlich öffnet, die Beziehungen zum Süden normalisiert und auf nukleare Drohungen verzichtet. Unmittelbare Konflikte ergeben sich aus der Präsenz von bis zu 300 000 nordkoreanischen Flüchtlingen in der Volksrepublik, die in den letzten Jahren zunehmend erfolgreich versucht haben, mit Hilfe westlicher oder südkoreanischer Nichtregierungsorganisationen in Auslandsvertretungen in China Zuflucht zu suchen und eine Ausreise nach Südkorea zu erzwingen.<sup>162</sup> Peking verweigert den Betroffenen die Anerkennung als politische Flüchtlinge und arbeitet mit den nordkoreanischen Sicherheitskräften nach Möglichkeit bei deren Zwangsrepatriierung zusammen.<sup>163</sup> Seoul war bisher bemüht, dieses Phänomen herunterzuspielen, um seine »Sonnenscheindiplomatie« nicht zusätzlich zu gefährden,<sup>164</sup> aber Kim Dae-chung ist auch in dieser Hinsicht innenpolitisch unter Druck geraten. Die Bush-Administration hat ihrerseits »äußerste Betroffenheit« über Chinas Umgang mit der Flüchtlingsfrage bekundet.<sup>165</sup>

<sup>155</sup> Vgl. FEER, 9.5.2002, S. 12.

<sup>156</sup> Vgl. Reuters, 31.7.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 31.7.2002.

<sup>157</sup> Vgl. Chungang Ilbo, 27.8.2002, zitiert ebd., 27.8.2002. Die Initiative wurde in Seoul begrüßt. Vgl. The Korea Herald, 28.8.2002, zitiert ebd., 28.8.2002.

<sup>158</sup> Vgl. Associated Press, 17.9.2002, zitiert in: International Herald Tribune (<http://www.iht.com>), 17.9.2002.

<sup>159</sup> Angeblich soll es sich hier um Zahlungen in Höhe von 10 Mrd. US-Dollar handeln. Vgl. The New York Times, 18.9.2002, zitiert ebd., 18.9.2002. Nach seiner Rückkehr machte Koizumi eine Aufdeckung der nordkoreanischen Nuklearaktivitäten zur Vorbedingung für die Zahlungen. Vgl. Chungang Ilbo, 23.9.2002, zitiert ebd., 23.2.2002.

<sup>160</sup> Vgl. Renmin Ribao (Peking), 2.7.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 2.7.2002.

<sup>161</sup> Die Seegebiete um die unbewohnte Felseninsel sind reich an Fisch und könnten Ölvorkommen aufweisen.

<sup>162</sup> 2001 gelangten auf diese Weise 583 nordkoreanische Flüchtlinge von China über Drittstaaten nach Südkorea, allein im ersten Halbjahr 2002 waren es schon 479. Vgl. Reuters, 17.6.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 19.6.2002. Einige Flüchtlinge wählten den Weg über die Mongolei. In China leben ständig ca. 1,9 Mio. Koreaner.

<sup>163</sup> Vgl. FEER, 4.4.2002, S. 20.

<sup>164</sup> So lieferte die Festnahme eines Asylanten durch chinesische Polizisten im Pekinger Konsulat der Republik Korea im Juni 2002 keinen Anlaß für eine längere zwischenstaatliche Verstimmung.

<sup>165</sup> Vgl. Erklärung des Staatssekretärs für Flüchtlingsfragen Arthur E. Dewey vor dem Senatsausschuß für Immigration, 21.6.2002, zitiert in: Napsnet Special Report

Im Juli 2001 trat Kim Chung-il eine 24tägige Eisenbahnreise durch *Rußland* an, wo ihm konkrete Zusagen für Wirtschafts- und Rüstungshilfe verweigert wurden.<sup>166</sup> Wladimir Putin lehnte es außerdem ab, sich Kims Forderung nach einem Abzug amerikanischer Truppen aus Südkorea zu eigen zu machen.<sup>167</sup> Während eines zweiten Besuchs im August 2002 wurde der Anschluß einer künftigen gesamt-koreanischen Bahnverbindung an die Transsibirische Eisenbahn diskutiert.<sup>168</sup>

Moskau versucht seit nunmehr zwei Jahren, sich durch Diplomatie und trilaterale Kooperationsprojekte mit beiden Koreas wieder in die nordostasiatische Gleichung einzubringen. Dieser Versuch scheitert bisher nicht nur am Desinteresse Chinas und der USA, Rußland eine wichtigere Rolle zu überlassen. Kim Chung-il hat Putin sowohl mit seiner wochenlangen Bahnreise durch Rußland als auch mit einem später als Scherz bezeichneten Angebot in Verlegenheit gebracht, auf Raketenstarts zu verzichten, falls DVRK-Satelliten von Drittländern in eine Umlaufbahn befördert werden könnten. Seoul hat bisher kein Interesse gezeigt, russisch-nordkoreanische Infrastrukturprojekte zu finanzieren.

## Verteidigung

Auf der koreanischen Halbinsel stehen sich beiderseits der Entmilitarisierten Zone am 38. Breitengrad 680 000 südkoreanische Soldaten sowie 36 000 amerikanische GIs und 1,1 Millionen nordkoreanische Soldaten gegenüber. Letztere verfügen über ein gewaltiges, aber zunehmend veraltetes Waffenarsenal, das hinter dem technologischen Ausrüstungsstand der Gegenseite zurückbleibt. So besteht die DVRK-Luftwaffe im wesentlichen aus alten MiG-21, MiG-19 und MiG-17 und nur 60 Maschinen der moderneren Bauweisen MiG-23 und Su-25. Pyöngyangs einzige militärische Chance läge in einem Überraschungsangriff auf städtische Ziele im Süden, insbesondere auf das

nur 40 Kilometer von der Demarkationslinie entfernte Seoul. Nordkorea könnte versuchen, den Mangel an konventioneller Schlagkraft durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen auszugleichen. Die DVRK ist vermutlich in der Lage, mindestens zwei nukleare Sprengköpfe und bis zu 250 Tonnen chemische Waffen zum Einsatz zu bringen.<sup>169</sup> Die Existenz biologischer Waffen wird vermutet (s.u.). Nordkorea verfügt über ca. 500 Kurzstreckenraketen und 12–36 Mittelstreckenraketen.<sup>170</sup> Letztere können Ziele in Japan erreichen. Die in der Entwicklung befindlichen Langstreckenraketen werden in einigen Jahren womöglich Alaska oder Hawaii bedrohen.<sup>171</sup>

Aufrechterhaltung und Einsatzbereitschaft der Armee zehren allerdings an der ohnehin schwindenden Wirtschaftskraft der DVRK. Militärausgaben nehmen etwa ein Viertel aller verfügbaren Mittel in Anspruch. Pyöngyang hat seine Verteidigungsausgaben 2000 erstmals seit zehn Jahren wieder erhöht und die grenznahe Artillerie verstärkt. Diese Maßnahmen können als Zugeständnisse Kim Chung-ils an die militärische Führung gewertet werden.

Anstatt sich am amerikanisch-japanischen Raketenabwehr-Projekt zu beteiligen, hat sich Seoul für den Aufbau eines eigenen, offensiven Raketenarsenals entschieden. Südkorea will in den nächsten zwei Jahren Boden-Boden-Raketen in den USA erwerben, die Ziele in fast ganz Nordkorea erreichen können.<sup>172</sup> Im Juni 2002 orderte das Verteidigungsministerium 40 amerikanische Kampfflugzeuge der Baureihe F-15K, die mit AIM-120-C-Luft-Luft-Raketen und AIM-9X-»Sidewinder«-Raketen bewaffnet werden sollen.<sup>173</sup> Darüber hinaus plant Washington den Verkauf des seegestützten Radarsystems »Aegis« an Seoul, mit dem feindliche Raketenangriffe frühzeitig entdeckt werden können.<sup>174</sup>

<sup>169</sup> Vgl. North Korean Special Weapons Guide, Washington: Federation of American Scientists, Juli 2001 ([www.fas.org/nuke/guide/dprk/index.html](http://www.fas.org/nuke/guide/dprk/index.html)). Die CIA geht mittlerweile davon aus, daß Nordkorea zwei Bomben gebaut hat. Vgl. FEER, 2.5.2002, S. 9. Im Juni 2002 veröffentlichte eine ehemalige Abteilungsleiterin im amerikanischen Energieministerium einen Artikel, demzufolge Pyöngyang noch nach Unterzeichnung des Rahmenabkommens mit den USA Atombomben gebaut hat. Vgl. The Washington Times, 25.6.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 25.6.2002.

<sup>170</sup> Vgl. North Korean Special Weapons Guide [wie Fn. 169].

<sup>171</sup> Vgl. Selig Harrison, The Missiles of North Korea. How Real a Threat, in: World Policy Journal, 17 (Herbst 2000) 3, S. 13f.

<sup>172</sup> Vgl. FEER, 17.1.2002, S. 10.

<sup>173</sup> Vgl. The Korea Herald (Seoul), 23.7.2002, zitiert in: Asia-Pacific Intelligence Brief, 23.7.2002.

<sup>174</sup> Vgl. FEER, 28.3.2002, S. 11.

(napsnet@nautilus.org), 25.6.2002.

<sup>166</sup> Hauptgrund für diese Verweigerung ist Pyöngyangs Unfähigkeit, seine Schulden (4 Mrd. US-Dollar) in Devisen zurückzuzahlen. Es gibt noch keine Vereinbarung über die Modalitäten der Rückzahlung. Vgl. Seung-Ho Joo, DPRK-Russia Relations: Issues and Prospects, in: Vantage Point (Seoul), 25 (Juli 2002) 7, S. 16–21 (18f).

<sup>167</sup> Ebd., S. 18.

<sup>168</sup> Vgl. Chungang Ilbo, 25.8.2002, zitiert in: Napsnet Daily Report, 27.8.2002.

## Mongolei

Die Mongolei gehört nach ihrem Selbstverständnis sowie angesichts ihrer politischen und wirtschaftlichen Interdependenzen eher in einen nordostasiatischen als in einen zentralasiatischen Sicherheitskomplex. Zwischen Zentralasien, Rußland und China erstreckt sie sich über 1,5 Millionen Quadratkilometer. Das entspricht etwa der vierfachen Größe der Bundesrepublik Deutschland. Auf diesem Gebiet leben nur 2,4 Millionen Menschen, davon fast 60 Prozent in größeren Städten. Etwa 90 Prozent der Bevölkerung sind mehrheitlich buddhistische Mongolen. Das Land verfügt über zahlreiche Rohstoffe – hauptsächlich Kupfer sowie Gold, Eisen, Mangan, Titan, Erdöl, Fluor und Kohle –, ist jedoch aufgrund des Preisverfalls am Weltkupfermarkt und mehrerer Naturkatastrophen weiterhin von internationalen Gebern abhängig. Die Landwirtschaft (zumeist nomadische Viehwirtschaft) ist mit einem Anteil von über 25 Prozent am BIP der wichtigste Wirtschaftszweig. Allerdings sind die für die Viehwirtschaft nutzbaren Flächen mittlerweile durch Überweidung beschädigt.

In der »Autonomen Region Innere Mongolei« der Volksrepublik China leben etwa 2,6 Millionen Mongolen, die nach gezielter Ansiedlung von Han-Chinesen in den Städten nur noch 13 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. In ganz China gibt es 5,5 Millionen Mongolen, in den russischen Republiken Altai, Burjatien, Chakassien, Kalmückien und Tuwa zusammen 820 000.

Die Mongolei war von 1691 bis 1911 chinesischer Vasall, von 1912 bis 1919 autonomer Staat unter russischem Schutz, von 1919 bis 1921 chinesische Provinz und von 1921 bis 1991 – ihrer südlichen Hälfte beraubt – Satellitenstaat der UdSSR. 1992 verließ der letzte russische Soldat das Land. Ein Jahr zuvor war Ulanbaatar der Blockfreienbewegung beigetreten. In der Verfassung von 1992 wurden parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung verankert. Die Privatisierung von Industrie und Landwirtschaft wurde eingeleitet. Mittlerweile befinden sich etwa 70 Prozent aller Unternehmen in privater Hand.

### Innere Entwicklung

*Einwohner:* 2,383 Millionen  
*Ethnische Zusammensetzung:* 88,5% Mongolen; 6,9%  
 Türkvölker; 4,6% Russen, Chinesen u.a.  
*BIP 2001:* 1 Mrd. US-Dollar  
*Wachstum 2000–2001:* 1,1%  
*BIP pro Kopf 2001:* 416 US-Dollar  
*Verteidigungsbudget 2001:* 30,2 Mio. US-Dollar  
*Mannstärke aktiver Truppen:* 9100  
*Staatsoberhaupt:* Natsagiin Bagabandi (seit 1997)  
*Regierungschef:* Nambaryn Enkhbayar (seit 2000)

Nachdem die Reformkommunisten in der Mongolian People's Revolutionary Party (MPRP) bei den Parlamentswahlen des Jahres 2000 mit Hilfe des Mehrheitswahlrechts 72 von 76 Sitzen errungen hatten, gingen sie im Oktober 2000 als eindeutiger Sieger aus landesweiten Kommunalwahlen hervor. Sie profitierten dabei sowohl von der Unerfahrenheit der in der Demokratischen Allianz (DA) zusammengeschlossenen Parteien als auch von ihrem eigenen Wahlversprechen, die Gehälter, Renten und Sozialausgaben anzuheben. Bis heute hat die Regierung keine dieser Zusagen eingelöst. Statt dessen wurden diverse Verbrauchssteuern erhöht. Mit Hilfe dieser Einnahmen soll unter anderem der Bau einer »Millenniumsstraße« quer durch das dünn besiedelte Land finanziert werden.<sup>175</sup>

Angesichts der Schwäche der Opposition spielt die freie Presse eine grundsätzlich wichtige, wenngleich nicht immer sehr professionelle Rolle. Die Regierung reagiert auf Kritik zunehmend gereizt und hat einzelne Zeitungen der gezielten Verbreitung von Gerüchten beschuldigt.<sup>176</sup> Es bleibt abzuwarten, ob hier erste Anzeichen für künftige Einschränkungen der Pressefreiheit vorliegen.

Aufgrund rückläufiger Exporte, eines strengen

<sup>175</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.4.2002, S. 14.

<sup>176</sup> Vgl. z.B. E-mail Daily News (Ulanbaatar), 4.7.2002, zitiert in: Summary of World Broadcasts, 4.7.2002. Im August 2002 beschuldigte ein Vertreter der Opposition die Regierung, unabhängige Medien unter Druck zu setzen und kritische Journalisten zu verhaften. Ebd., 28.8.2002, zitiert ebd., 29.8.2002.

Winters und zahlreicher Fälle von Maul- und Klauen-seuche stagnierte die mongolische Volkswirtschaft 2001 bei 1,1prozentigem Wachstum. Für das laufende Jahr wird eine Verbesserung auf 3 Prozent erwartet. Gleichzeitig wird sich das Leistungsbilanzdefizit angesichts einer steigenden Nachfrage nach Kapitalgütern auf 14 Prozent des BIP erhöhen.<sup>177</sup> Das ist unproblematisch, solange sich internationale Geber in der Mongolei engagieren.<sup>178</sup>

Die Privatisierung von Staatsbetrieben ist vor dem Hintergrund der weltweiten konjunkturellen Flaute fast zum Stillstand gekommen. Hingegen beabsichtigt die Regierung, erstmals in der Geschichte des Landes Privatbesitz an Grund und Boden zu ermöglichen. Nutznießer wären Immobilienspekulanten in Ulanbaatar und Bergbauunternehmen mit ausländischer Beteiligung.<sup>179</sup>

Noch immer leben etwa 35 Prozent der Mongolen unter der Armutsgrenze. 2001 betrug die Arbeitslosenrate 17 Prozent und wird wegen anhaltender Landflucht weiter steigen.

## Außenbeziehungen

### Rußland

Die Mongolei bleibt vor allem bei der Energieversorgung auf ihren nördlichen Nachbarn angewiesen, solange eine eigene Rohölförderung und -verarbeitung nicht aufgebaut ist. Rußland ist auch der wichtigste Abnehmer von Kupfer und anderen Rohstoffen. Moskau gewährt Ulanbaatar seit einigen Jahren wieder Kredite, obwohl die alten noch nicht abgezahlt sind. Seit 1993 gibt es einen neuen Freundschaftsvertrag und erneuerte Militärbeziehungen, jedoch keine gegenseitige Beistandspflicht mehr.

<sup>177</sup> Vgl. Asian Development Outlook, Manila: Asian Development Bank, 2002 ([www.adb.org/documents/news/2002/nr2002040.asp](http://www.adb.org/documents/news/2002/nr2002040.asp)).

<sup>178</sup> Die Mongolei hat seit 1990 insgesamt 2,2 Mrd. US-Dollar Entwicklungshilfe erhalten. Im Juli 2002 sagten internationale Geber für das folgende Jahr erneut 333 Mio. US-Dollar zu. Die amtliche Auslandsverschuldung beläuft sich auf 84% des BIP. Angesichts geringer Zinsen und zumeist langer Laufzeiten stellt diese Verschuldung derzeit keine besondere Belastung der Volkswirtschaft dar.

<sup>179</sup> Mangels eines zentralen Bodenregisters bzw. von Bebauungsplänen befürchtet die Opposition eine große Zahl von Streit- und Enteignungsfällen. Vgl. FEER, 4.7.2002, S. 9. Nach derzeitiger Gesetzeslage können Grund und Boden für bis zu 100 Jahre gepachtet werden.

Nichtsdestotrotz waren die politischen Beziehungen unterkühlt, bis Wladimir Putin die Mongolei im November 2000 besuchte und eine Reihe von Handels- und Militärvereinbarungen unterzeichnete. Im März 2002 folgte ihm der russische Premierminister Michail Kasjanow, der unter anderem Gespräche über den Schuldenabbau und einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen führte. Kasjanow sagte eine Beteiligung am Bau der »Millenniumsstraße« zu.<sup>180</sup>

### China

Auch China und die Mongolei verfügen seit 1994 über einen Freundschaftsvertrag. Den normalen bis guten zwischenstaatlichen Beziehungen steht allerdings ein verbreitetes Mißtrauen in der mongolischen Bevölkerung und Presse gegenüber. Das antichinesische Vorurteil hat ältere Wurzeln, ist aber insbesondere in territorialen Ansprüchen begründet, die Peking in den fünfziger und sechziger Jahren auf das gesamte mongolische Staatsgebiet geltend machte. Die Mehrheit der Mongolen ist davon überzeugt, nach einer Vereinigung Taiwans mit der Volksrepublik zum nächsten Opfer chinesischer Expansionspolitik zu werden.

Während panmongolische Bestrebungen mit fortschreitender Sinisierung der Inneren Mongolei an Bedeutung verloren haben, gilt Chinas Aufmerksamkeit weiterhin den Aktivitäten des Dalai Lama. Dieser unternahm im September 2002 einen dritten Versuch, die Mongolei zu besuchen, scheiterte damit aber an Rücksichtnahme der potentiellen Transitstaaten Rußland und Südkorea auf die Interessen der Volksrepublik.

China ist mittlerweile der bedeutendste Wirtschaftspartner der Mongolei, und das chinesische Tianjin ist der wichtigste Handelshafen des Landes. Der grenzüberschreitende Handel beeindruckt aber mehr durch Quantität als durch Qualität. Auch auf diesem Gebiet ist es zu Ressentiments gekommen, da der Warenaustausch mit ethnisch-chinesischer Immigration einhergeht und die wachsende Abhängigkeit von chinesischen Konsumgütern und Rohstoffexporten in die Volksrepublik das Entstehen einer entsprechenden einheimischen Industrie verhindert.

<sup>180</sup> Vgl. Presseerklärung der mongolischen Regierung vom 27.3.2002, zitiert in: Mongolia Daily Digest ([www.eurasianet.mongolia/hypermail/200203/0000.shtml](http://www.eurasianet.mongolia/hypermail/200203/0000.shtml)).

## Verteidigung

Die Mongolei wäre gegen russische oder chinesische Angriffe nicht zu verteidigen. Ihre prekäre strategische Lage hat neben Bemühungen um gute Beziehungen zu den USA, Japan und Europa wiederholt zu Vorschlägen für die Einrichtung einer Friedenszone geführt,<sup>181</sup> die sowohl in Moskau als auch in Peking auf taube Ohren gestoßen sind. Beide Nachbarn haben Ulanbaatar hingegen in ihren 1992 formulierten gegenseitigen Gewaltverzicht einbezogen. 1992 proklamierte sich die Mongolei mit amerikanischer Unterstützung zur atomwaffenfreien Zone.

1989 hatte Ulanbaatar aus Kostengründen 13 000 von 25 000 Soldaten demobilisiert. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR wurde die Mongolei vom Nachschub mit Ersatzteilen und Treibstoff zu Sonderkonditionen abgeschnitten. Die Ausrüstung der Armee war veraltet, eine nationale Rüstungsproduktion existierte nicht. Entsprechende Kontakte wurden zu den USA, China, Südkorea, Deutschland, Japan und Großbritannien aufgenommen. 1992 wurde die Armee inklusive Reservisten wieder auf 20 000 Mann vergrößert.

Die Mongolei nimmt am Internationalen Militärischen Ausbildungs- und Trainingsprogramm (International Military Education and Training, IMET) der USA teil, und die mongolische Armee führt mit amerikanischen Spezialkräften gemeinsame Übungen durch. Es wird vermutet, daß Washington auch hinter relativ großzügigen Militärhilfen der Türkei steht und ehemalige sowjetische Horchposten an der chinesischen Grenze nutzt.

1994 verabschiedete das Parlament Richtlinien für nationale Sicherheit und Außenpolitik. Mit ersteren wurde die »garantierte Existenz des mongolischen Volkes, seiner Kultur und seines Lebensstils« als nationales Interesse definiert. Mit den außenpolitischen Richtlinien wurden eine Politik der Äquidistanz gegenüber Peking und Moskau sowie Bemühungen um den Ausbau der Beziehungen zum Westen, einigen Mitgliedern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und den Vereinten Nationen angekündigt.<sup>182</sup>

**181** So z.B. Präsident Bagabandi anlässlich eines Besuchs in Nepal im Januar 2001; vgl. ebd., 1.2.2001, S. 12.

**182** Vgl. Resolution of the State Great Hural, Concept of National Security of Mongolia, Concept of Mongolia's Foreign Policy, The Fundamentals of the Military Doctrine of Mongolia, Ulanbaatar 1995.

## Perspektiven

Wenn die nordostasiatische Sicherheitslage 2002 nicht als stabil bezeichnet werden kann, dann vornehmlich wegen divergierender innenpolitischer Entwicklungen und deren Wechselwirkungen mit externen Konstellationen, die ihrerseits schnellem Wandel unterliegen. Zu den erstgenannten gehören die anhaltende Ungewißheit über die sozioökonomische Zukunft Chinas, die Verfestigung einer unabhängigen taiwanesischen Identität, die Widersprüche zwischen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Trends in Japan, die Unvereinbarkeit zwischen dem politischen System Nordkoreas und einer Perspektive wirtschaftlicher Öffnung, die fortschreitende Demokratisierung in Südkorea und die strukturellen Schwächen der Mongolei. Unter den Rahmenbedingungen sind eine stagnierende Weltwirtschaft und die Militarisierung der Außenpolitik der USA an erster Stelle zu nennen. Daraus resultiert eine Beeinträchtigung des regionalen Status quo, der von keinem Mechanismus gemeinsamer oder kooperativer Sicherheit abgefedert wird.

Nordostasien ist ökonomisch in hohem Maße interdependent und schon aufgrund der chinesischen Wachstumsraten einer der potentiellen Motoren der Weltwirtschaft. Das Wachstum steht bisher jedoch auf schwachen Füßen, und latentes gegenseitiges Mißtrauen unter fast allen Regionalstaaten verhindert eine Optimierung der Interdependenz im Sinne eines »Handelsfriedens«. Ersatzweise bleibt die Mehrzahl der Akteure an einer Aufrechterhaltung der militärischen Präsenz der USA interessiert. Diese Präsenz hat das gegenseitige Mißtrauen seit dem 11. September 2001 allerdings insofern weiter verstärkt, als Washington in der Region nun noch deutlicher als zuvor zwischen mehr oder minder »konstruktiven« Partnern unterscheidet. So bleibt etwa die antiterroristische Zusammenarbeit mit China auf Details beschränkt und hat das bilaterale Verhältnis allenfalls atmosphärisch verbessert.

Die Folge ist eine schwer berechenbare Gemengelage aus stabilisierenden und destabilisierenden Trends, die zusammengenommen den Verdacht begründen, daß es beim Status quo von 2002 nicht bleiben wird. Diese Annahme gilt für die Beurteilung der inneren Dynamik der Volksrepublik China durch fast alle Akteure, aber auch für die Einschätzung der

Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel und in der Taiwan-Straße.

Wenn es zutrifft, daß China im Zentrum der Gesamtproblematik steht, aber weiterhin keine Prognosen über den Ausgang des chinesischen Experiments gestellt werden können, scheint eine Kombination von Einbindung und Eindämmung vernünftig, wie sie derzeit von der Bush-Administration Peking gegenüber verfolgt wird. Sie ist zumal dann vernünftig, wenn sie sich hier – anders als in Zentralasien oder Teilen Südostasiens – auf demokratische Partner stützt, deren Vernetzung untereinander die besten Voraussetzungen für die Schaffung einer künftigen regionalen Sicherheitsarchitektur bieten. In diesem Zusammenhang wäre es allerdings wichtig, die spezifischen Interessen der jungen südkoreanischen Demokratie ähnlich ernst zu nehmen wie jene Taiwans und in Japan möglicherweise durch mehr Einmischung zu weiterer Demokratisierung beizutragen. Das mit Demokratisierung und Delegitimierung des alten Regimes unvermeidlich einhergehende Nationalismusrisiko wird mit Stärkung demokratischer Institutionen berechenbarer. Auf diesem Gebiet könnten gegebenenfalls auch die EU und die Staaten Europas eine wichtigere Rolle spielen.

Erfolgreiche Demokratisierung bedeutet jedoch so lange noch keinen »demokratischen Frieden«, wie mit China und Nordkorea zwei autoritäre Regime fortbestehen. Hier haben direkte Einmischungsversuche in der Vergangenheit mehr Konflikte geschaffen als abgebaut, weshalb die Interimslösung, analog zum Europa der siebziger und achtziger Jahre, nur in Angeboten zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung bestehen kann. Die Herausforderung durch Peking und Pyöngyang unterscheidet sich zwar quantitativ und qualitativ beträchtlich von jener durch die frühere UdSSR, aber Sicherheit ist heute im Unterschied zum Kalten Krieg unteilbar, und ein Konflikt in Korea oder in der Taiwan-Straße hätte weitreichende Folgen für die ganze Welt.

Das Angebot zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung muß in erster Linie von den USA als wichtigster pazifischer »Gegenmacht« kommen. Dabei kann es sein, daß sich Washington mit der Existenz chinesischer und nordkoreanischer Atombomben abfinden

muß, aber sicherlich nicht mit anhaltender Intransparenz im Bereich der militärischen Absichten, der Trägersysteme und der konventionellen Waffen. Hier würde europäische Verantwortung darin bestehen, amerikanische Politik nicht zu unterlaufen.

Schließlich bedeutet Vertrauens- und Sicherheitsbildung keine vollständige Ausblendung jener ordnungspolitischen Bestrebungen, die insbesondere in multilateralen Organisationen zu einer »Verregelung« der globalisierten Welt führen sollen. Diesbezügliche Initiativen konzentrieren sich derzeit auf die internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen, aber selbst hier ist der Zusammenhang mit sicherheitspolitischen Themen – etwa während der Ostasienkrise – deutlicher geworden. Während Hoffnungen auf »Wandel durch Handel« in China und Nordkorea keinesfalls aufgegeben werden können, müßte eine weiterreichende Zusammenarbeit mit diesen Akteuren von deren Haltung zu qualitativem Multilateralismus abhängig gemacht und Verweigerung notfalls auch vor einer internationalen Öffentlichkeit thematisiert werden.

Natürlich darf heute bezweifelt werden, ob die USA ihrerseits hinreichend flexibel sind, sei es im konkreten nordkoreanischen Fall oder in Hinblick auf ihre eigene Haltung zum Multilateralismus. Hoffnungen in diesem Zusammenhang gründen sich einerseits auf die Grenzen einer vorwiegend militärischen Eindämmungspolitik (Washington würde zeitgleiche Konflikte am Golf und auf der koreanischen Halbinsel schwerlich erfolgreich bestehen) und andererseits auf grundsätzliche Erwägungen. Die pluralistische Verfassung der amerikanischen Gesellschaft, ihre Werteorientierung und die prinzipielle Notwendigkeit, sich auch mit Blick auf künftige Konflikte international nicht zu isolieren, sprechen dafür, daß mit dem derzeitigen Unilateralismus nicht das letzte Wort gesprochen ist. Die USA bleiben in Nordostasien gleichzeitig »balancer« und Ersatz für Weltregierung. Für die Wahrnehmung beider Rollen brauchen sie Freunde.

## Abkürzungen

APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation
ARF	ASEAN Regional Forum
ASEAN	Association of South-East Asian Nations
BIP	Bruttoinlandsprodukt
DCT	Defence Consultative Talks
DPP	Democratic Progressive Party (Taiwan)
DVRK	Demokratische Volksrepublik (Nord-)Korea
EU	Europäische Union
Exco	Executive Council (Hongkong)
FEER	Far Eastern Economic Review
GNP	Grand National Party (Südkorea)
IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
IMET	International Military Education and Training
KMT	Kuomintang (Taiwan)
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
LDP	Liberaldemokratische Partei (Japan)
Legco	Legislative Council (Hongkong)
MDP	Millennium Democratic Party (Südkorea)
MPRP	Mongolian People's Revolutionary Party
NLL	Northern Limit Line
NVK	Nationaler Volkskongreß (China)
PFP	People First Party (Taiwan)
SAR	Special Administrative Region (Hongkong)
SDF	Self Defence Forces (Japan)
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
SOZ	Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (Rußland, China, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan)
TRA	Taiwan Relations Act
TSU	Taiwan Solidarity Union
UN	United Nations
VBA	Volksbefreiungsarmee (China)
WHO	World Health Organisation
WTO	World Trade Organisation